

## Die Landkreise Fulda, Gersfeld und Hünfeld in der Weimarer Republik (1918 - 1933)

*Siegfried Weichlein*

### 1. Bevölkerung

Zum Zeitpunkt der Reichsgründung hatte der Landkreis Fulda 44.487 Einwohner.<sup>1</sup> 62 Jahre später, 1933, lebten auf der gleichen Fläche 75.980 Einwohner.<sup>2</sup> Damit hatte die Zahl der in Fulda Stadt und Land lebenden Einwohner um mehr als zwei Drittel (70,4 Prozent) zugenommen. Das enorme Bevölkerungswachstum in diesem Zeitraum war vor allem der Stadt Fulda zu verdanken, deren Bevölkerung zwischen 1885 und 1933 um 125,9 Prozent anstieg, während die Landgemeinden im gleichen Zeitraum nur um 34,6 Prozent zunahmen. Die Stadt Fulda bildete den Kern einer Bevölkerungsverdichtungszone, die nach außen abnehmend die Landkreise Fulda, Gersfeld und Hünfeld umfaßte. (Dies stelle im übrigen neben der Verwaltungsgeschichte einen bevölkerungsgeschichtlicher Grund, die genannten Kreise gemeinsam zu behandeln.) Das Bevölkerungswachstum nahm ab, je weiter die Gebiete von Fulda entfernt lagen. So nahm der Landkreis Gersfeld zwischen 1885 und 1933 um sieben Prozent, der Landkreis Hünfeld gar nur um 4,1 Prozent seiner Bevölkerung zu (vgl. Abbildung 1).<sup>3</sup>

Dieses Bild auf der Ebene der Landkreise wird bestätigt, wenn man sich den einzelnen Gemeinden zuwendet. Besonders die stadtnahen Gemeinden Künzell, Horas und Petersberg wuchsen zwischen 1885 und 1933 weit überdurchschnittlich an, Künzell und Horas sogar noch mehr als die Stadt Fulda. So stieg die Zahl der Künzeller von 1885 bis 1933 fast auf das Vierfache an. Die Bevölkerungszunahme in den Landgemeinden Bad Salzschlirf und Neuhof lag ebenfalls deutlich über dem Kreisdurchschnitt. Auffällig blieb hingegen, daß die Städte Hünfeld, Tann und Gersfeld, die alle am

Rande der osthessischen Bevölkerungsverdichtungszone lagen, relativ niedrige Zuwächse verzeichneten.

0 Quelle: SDR

Die Zuwachsrate der Bevölkerung im Landkreis Fulda unterlag in einer Langzeitbetrachtung großen Schwankungen (vgl. Abbildung 2). Erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts wuchsen die Landgemeinden kräftig an, nachdem sie während des 19. Jahrhunderts noch lange Zeit stagniert beziehungsweise sogar Einwohner verloren hatten. Der Rückgang der Bevölkerung bis zur Reichsgründung nahm teilweise dramatische Ausmaße an. So ging etwa die Zahl der Bewohner der Fuldaer Landgemeinden zwischen 1865 und 1870 um mehr als sechs Prozent zurück.<sup>4</sup> Auch zwischen 1880 und 1885 sowie zwischen 1890 und 1895 verloren die Landgemeinden an Bevölkerung. Die Aufwärtsbewegung setzte erst unmittelbar nach der Jahrhundertwende ein. So nahm die Zahl der Rhöner zwischen 1900 und 1905 um 5,7 Prozent zu.

In der Stadt Fulda hatte das Bevölkerungswachstum bereits sehr viel früher eingesetzt. Schon zwischen 1870 und 1875 war die Zahl der Fuldaer um 15,8 Prozent emporgeschnellt, ein Wert, der allerdings erst wieder zwischen 1895 und 1900 erreicht wurde. Kriegsbedingt nahm die Bevölkerung der Stadt Fulda von 1915 auf 1916 stark ab (-9,2 Prozent). Von einem Bevölkerungsrückgang war zur gleichen Zeit auf dem Lande nichts zu spüren.<sup>5</sup>

0 Quelle: Kapp; SDR.

Bevölkerungsgeschichtlich setzten sich in den osthessischen Kreise während der Weimarer

1. Vgl. Preußische Statistik Bd. 30, 1875, 15.

2. Vgl. Statistik des Deutschen Reiches (= SDR) Bd. 451, 130ff.

3. Zahlen nach SDR Bd. 240, H.2, 32ff; Bd. 401, 60ff.; Bd. 451, 130ff; Preußische Statistik Bd.30, 1875, 15, Kapp, 16.

4. Vgl. Kapp, 16.

5. Die bei Kapp, 16 für den Zeitraum von 1914 bis 1918 angegebenen Bevölkerungszahlen sind indessen mit Vorsicht zu betrachten, da bei ihm nicht klar wird, ob die Kriegsteilnehmer aus dem Landkreis melderechtlich ihren Wohnsitz wechselten.

Republik die Tendenzen von vor 1914 fort. Auch zwischen 1918 und 1933 änderte sich an den Wachstumsraten und ihren geographischen Verteilungen kaum etwas. Die im wesentlichen stagnierenden Bevölkerungszahlen in den Randgebieten der osthessischen Verdichtungszone zwischen 1871 und 1933 setzten sich aus zwei gegenläufigen Entwicklungen zusammen. Ein hoher Geburtenüberschuß ging mit einer fast noch höheren Abwanderungsbewegung einher, da die heimische Region kaum Arbeitsmöglichkeiten bot. Der Geburtenüberschuß, also die Differenz zwischen den Geburten und den Sterbefällen eines Jahres war zum Beispiel im Landkreis Fulda besonders hoch. Hier wurden zwischen 1900 und 1910 13.325 Menschen geboren, gleichzeitig starben nur 6.159, so daß der Geburtenüberschuß 7.166 betrug. Dieser Überschuß in den Landgemeinden lag nicht nur um ein Vielfaches höher als der Geburtenüberschuß der Stadt Fulda (1.336), er war auch um drei Viertel höher als der Geburtenüberschuß des vorangegangenen Jahrzehnts von 1890 bis 1900 (4.067).

Indessen wanderte ein großer Teil des Bevölkerungüberschusses aus den Landkreisen Fulda, Gersfeld und Hünfeld wieder ab. Zwischen 1885 und 1905 verließ ein Viertel der Kreisbevölkerung Gersfelds (26,6 Prozent) und Hünfelds (27,8 Prozent) ihren Heimatkreis. Gleichzeitig verzeichnete die Stadt Fulda einen Wanderungsgewinn von 48,8 Prozent, das heißt knapp die Hälfte der Stadtbewohner von 1905 war zugewandert.

Hinter diesen nüchternen Zahlen verbargen sich riesige stadtentwicklungspolitische Herausforderungen. So mußte in der Stadt etwa vermehrt für Bauland zum Wohnungsbau, aber auch zur Industrieansiedlung gesorgt werden. Bis 1900 war die Wanderungsbilanz des gesamten Landkreises Fulda negativ gewesen. Erst danach verzeichnete der Kreis einen enormen Anstieg. Zwischen 1910 und 1925 wanderten 11,4 Prozent der Kreisbevölkerung zu. In gleichen Zeitraum verlor Gersfeld fast ein Drittel seiner Bevölkerung (30,1 Prozent). Auch aus dem Kreis Hünfeld wanderten 5,5 Prozent ab. In der Weimarer Republik flachten die hohen Werte sowohl der Geburtenüberschüsse als auch der Abwanderungen ab. Zwischen 1925 und 1933 nahm die Bevölkerung der Fuldaer und Gersfelder Landgemeinden

nur noch um 3,7 Prozent ab. Auch die Stadt Fulda wuchs im gleichen Zeitraum lediglich um 0,1 Prozent.

Aus den vorangegangenen bevölkerungsgeschichtlichen Entwicklungen resultierten zwei grundlegende Tatsachen der Geschichte der Landkreise Fulda, Gersfeld und Hünfeld. Zum einen war die Ortsgebürtigkeit hier sehr hoch, da die Zuwanderung im wesentlichen ausblieb. So entstammten um 1905 über zwei Drittel der Bevölkerung ihrer Heimatgemeinde.<sup>6</sup> Etwa weitere 15 Prozent waren aus dem Heimatkreis in ihre Wohngemeinde zugezogen. Lediglich 11 Prozent kamen aus dem restlichen Gebiet der Provinz Hessen-Nassau, 3,9 Prozent aus dem übrigen Preußen und 5 Prozent aus den anderen deutschen Bundesstaaten. Zum anderen war die Kreisbevölkerung in Fulda, Hünfeld und Gersfeld während der Weimarer Republik durchweg jünger als der Durchschnitt des Regierungsbezirks Kassel. So waren im Jahr der Volkszählung 1925 in den Landgemeinden des Kreises Fulda über die Hälfte der Bevölkerung (52,9 Prozent) jünger als 25 Jahre (Regierungsbezirk Kassel: 48,6 Prozent). Auch in den beiden Nachbarkreisen war die Bevölkerung zu mehr als 50 Prozent jünger als 25 Jahre: im Landkreis Hünfeld zu 50,9 Prozent und im Landkreis Gersfeld zu 50,1 Prozent.<sup>7</sup>

Im Laufe der Weimarer Republik änderte sich das Bild etwas. Das Durchschnittsalter der Bevölkerung stieg leicht an. So waren 1933 im Regierungsbezirk Kassel nurmehr 42,3 Prozent der Bevölkerung jünger als 25 Jahre. Auch im Landkreis Fulda in seiner neuen Form sank das Durchschnittsalter. Am Ende der Weimarer Republik waren weniger als die Hälfte der Bevölkerung (47,5 Prozent) jünger als 25 Jahre. Ähnlich lagen die Dinge im Landkreis Hünfeld mit 47,1 Prozent jugendlicher Bevölkerung.<sup>8</sup> Besonders deutlich ging das Durchschnittsalter in der Stadt Fulda zurück. Hier waren 1933 nur noch 42,2 Prozent der Bewohner im jugendlichen Alter.

Insgesamt darf die bevölkerungsgeschichtliche Entwicklung der osthessischen Landkreise zwischen 1900 und 1945 tendenziell als eine Einheit betrachtet werden, da erst durch die Einquartierung zahlreicher Vertriebener und Flüchtlinge die Bevölkerungsstruktur sich nachhaltig veränderte.

6. Im Kreis Fulda waren es 64,0 %, in Hünfeld 70,0 % und in Gersfeld 72,4 %. Vgl. Preußische Statistik Bd. 206, 1, 314ff.

7. Vgl. SDR Bd. 401, 337.

8. Vgl. SDR Bd. 451, 2, 151f.

**Tabelle 0**  
**Die Gemeinden mit einer ortsanwesen-**  
**den Bevölkerung von über 1.000 Einwoh-**  
**nern im Jahre 1933 in den Landkreisen**  
**Fulda, Gersfeld und Hünfeld und ihr Be-**  
**völkerungswachstum seit 1885**

Ort/Stadt/Kreis	Status	Zuwachs (Prozent)		
		1885	1933	1885-1933
Künzell	Lg	520	1.832	252,3
Horas	Lg	831	1.928	132,0
Fulda	St	12.284	27.753	125,9
Petersberg	Lg	919	1.928	109,8
Bad Salzschlief	Lg	1005	1.843	83,4
Neuhof	Lg	1586	2.689	69,5
Ldk Fulda	Ldk	48.111	75.980	57,9
Hünfeld	St	1.828	2.662	45,6
Flieden	Lg	1.639	2.288	39,6
Mittelkalbach	Lg	802	1.062	32,4
Rückers	Lg	855	1.068	24,9
Großenlüder	Lg	1.574	1.882	19,6
Hilders	Lg	1.044	1.232	18,0
Tann	St	1.090	1.276	17,1
Gersfeld	St	1.402	1.605	14,5
Wüstensachsen	Lg	1.014	1.146	13,0
Ldk Gersfeld	Ldk	21.271	22.758	7,0
Burghaun	Lg	1.187	1.243	4,7
Ldk Hünfeld	Ldk	24.130	25.122	4,1

Status: Ldk = Landkreis; St = Stadt; Lg = Land-  
 gemeinde

Quellen: SDR Bd.456, 25, 46ff.; Gemeindelexi-  
 kon für das Königreich Preußen: Bd.11: Pro-  
 vinz Hessen-Nassau, Berlin 1897.

Die bevölkerungsgeschichtlichen Hauptmerk-  
 male der Landkreise Fulda, Hünfeld und Gers-  
 feld in der Weimarer Republik lassen sich in  
 drei Punkten zusammenfassen:

1. Diese Landkreise bildeten bevölkerungsge-  
 schichtliche Aktivräume, das heißt ihr Ge-  
 burtenüberschuß wanderte in die Städte  
 oder andere Industrieregionen ab. Trotz der  
 verhaltenen Aufwärtsentwicklung oder gar  
 Stagnation hatten die genannten Landkreise  
 einen hohen, teilweise sogar sehr hohen Be-  
 völkerungsüberschuß. Ursache hierfür war  
 in erster Linie der Rückgang der Sterblichkeit  
 im Alter und bei Säuglingen. Diese Entwick-  
 lung wurde nur vorübergehend durch den  
 Ersten Weltkrieg unterbrochen, flachte da-  
 nach jedoch ab.
2. Große Teile des Geburtenüberschusses zo-  
 gen in die nächstgelegene Stadt, nach Fulda.  
 Darauf weisen vor allem die relativ niedri-  
 gen Abwanderungsraten für den gesamten  
 Landkreis Fulda selbst hin sowie der Um-

stand, daß insbesondere die stadtnahen Um-  
 landgemeinden Horas, Petersberg und  
 Künzell überdurchschnittlich anwuchsen.  
 Für die Zuwanderer boten diese Gemeinden  
 mehrere Vorteile. Die Kurzwanderung er-  
 möglichte es ihnen, Kontakte zu ihrer Hei-  
 matgemeinde zu halten und gleichzeitig in  
 einem Betrieb ein festes Einkommen zu er-  
 zielen. Zudem verblieben sie in dem ge-  
 wohnten kulturellen Umfeld und sahen sich  
 nicht mit Eingewöhnungsschwierigkeiten  
 konfrontiert.

3. Bevölkerungsgeschichtlich stellt der Land-  
 kreis Fulda keine Ausnahme dar. Er paßte  
 sich in säkulare Trends des Bevölkerungswach-  
 stums ein - zuerst auf Grund der Ge-  
 burtenenerhöhung, dann auf Grund des  
 Sterblichkeitsrückgangs. In der Weimarer  
 Republik schließlich flachte das Bevölke-  
 rungswachstum genauso wie der Geburten-  
 überschuß ab. Indessen hatte der Erste  
 Weltkrieg auf die Landbevölkerung weitaus  
 stärkere Auswirkung als auf die Stadt.

## 2. Wirtschaft

Die wichtigste Ursache für die starke Abwan-  
 derung aus den osthessischen Landkreisen lag  
 in der einheimischen Wirtschaftsstruktur, die  
 dem Bevölkerungsüberschuß kein Auskom-  
 men garantierte. Osthessen wurde in der Zwi-  
 schenkriegszeit - aber auch noch lange danach  
 - von der klein- und mittelbetrieblichen Land-  
 wirtschaft dominiert. Die Volkszählung 1925  
 ergab, daß in den Landkreisen Hünfeld und  
 Gersfeld der Anteil der landwirtschaftlichen  
 Bevölkerung weit über 50 Prozent lag (vgl.  
 Abbildung 3). Im Landkreis Fulda waren nur  
 zwischen 40 und 50 Prozent von der Landwirt-  
 schaft abhängig, weil die Stadt Fulda mit ihren  
 Industriegebieten zum Kreisgebiet zählte.

Der landwirtschaftliche Bevölkerungsanteil  
 war ursprünglich leicht rückläufig gewesen,  
 bis er zwischen 1895 und 1907 in den Land-  
 kreisen Gersfeld und Hünfeld auf über zwei  
 Drittel anstieg. Gerade in dieser Zeit der Hoch-  
 industrialisierung wanderten sehr viele  
 Bewohner ab, so daß das Gewicht der Land-  
 wirtschaft eher noch stärker hervortrat. Im  
 Landkreis Fulda ging im gleichen Zeitraum der  
 agrarische Bevölkerungsanteil zurück. Zahlrei-  
 che Hünfelder und Gersfelder wanderten nach  
 Fulda und Umgebung ab, um in der aufstre-  
 benden Industrie Arbeit und Brot zu finden.  
 Als diese Zuwanderung wieder etwas nach-  
 ließ, trat der landwirtschaftliche Sektor wieder  
 deutlicher in Erscheinung.

Dies schlug sich in den Ergebnissen der Volks-, Berufs- und Betriebszählung von 1925 nieder. Sie ergab, daß 47,5 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung der Landkreise Fulda (Stadt und Land), Gersfeld und Hünfeld in der Land- und Forstwirtschaft tätig waren. Nur 33,5 Prozent arbeiteten in Industrie und Handwerk und 16,4 Prozent in der Berufssparte 'Handel und Verkehr'.<sup>9</sup> Die Verteilung der gesamten Bevölkerung auf die verschiedenen Berufssparte, das heißt nicht nur der Erwerbstätigen, sondern auch aller ihrer Angehörigen, zeigte einen noch höheren Anteil der Agrarbevölkerung, was auf die Kinderzahl zurückzuführen ist, die auf dem Land höher war als in der Stadt. Noch 1933 betrug der agrarische Bevölkerungsanteil in Osthessen durchschnittlich 53 Prozent und lag damit weit über den Werten des Regierungsbezirkes Kassel (28,4 Prozent). Nur noch im Landkreis Frankenberg lag der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung höher.<sup>10</sup>

0 Quelle: SDR..

Die aus der Rhön abwandernde Bevölkerung ging weniger in die Stadt Fulda, sondern mehr in die unmittelbaren Umlandgemeinden. "Ein großer Teil der Industriearbeiter wohnt nicht in der Stadt selbst, sondern verbleibt auf dem Lande und benutzt die günstigen Verkehrsverhältnisse, um zur Arbeit zu gelangen." Zur Abwanderung in die Städte trat die periodische Wanderung hinzu. Viele ländliche Arbeiter wanderten in den Sommermonaten in die Wetterau, in die Umgegend von Frankfurt und Darmstadt und nach Westfalen, um auf den Gütern als Erntearbeiter oder Drescher zu arbeiten. Im Winter kehrten sie in ihre Heimatdörfer zurück. Die über die periodische Wanderung verdienten Geldmittel ergänzte den schmalen heimischen Verdienst. Noch in der Weimarer Republik bildeten die „Westfalengänger“ in Großenlüder und den benachbarten Dörfern eine verbreitete Erscheinung.<sup>11</sup>

Die zumeist kleinen landwirtschaftlichen Betriebe waren nicht in der Lage, den Bevölkerungsüberschuß zu ernähren. Dies galt im Reich vor allem für Gebiete mit Realteilung, das heißt der erbrechtlichen Gewohnheit, den landwirtschaftlichen Betrieb unter die männlichen Erben aufzuteilen. In Osthessen herrschte jedoch die Anerbensitte vor, das heißt Erbe war nur ein einziger Sohn, die anderen wurden ausbezahlt.<sup>12</sup> Dennoch war es auch in Osthessen unter den vergleichsweise besse-

ren Bedingungen des Anerbensystems nicht möglich, der wachsenden Bevölkerung einen auskömmlichen Verdienst zu sichern.

In Osthessen herrschten durchschnittliche Betriebsgrößen von unter fünf Hektar vor. Weit über die zwei Drittel der landwirtschaftlichen Betriebe in den Kreisen Fulda und Gersfeld (70,2 Prozent) waren 1925 kleiner als fünf Hektar, das heißt sie waren Kleinbetriebe. Dabei ragte besonders der Landkreis Fulda hervor, wo fast drei Viertel der Betriebe (72,6 Prozent) unter fünf Hektar groß waren. Im Altkreis Gersfeld traf dies auf knapp zwei Drittel der Höfe zu (65,0 Prozent). Der Landkreis Hünfeld zählte 1925 62,3 Prozent Kleinbetriebe unter fünf Hektar.<sup>13</sup> Die Dominanz der Kleinbetriebe im Landkreis Fulda erklärte sich aus dem hohen Anteil der nebenerwerblichen Landwirtschaft, das heißt der zahlreichen Betriebe, die dem Zuerwerb zur Industriearbeit dienten. Die durchweg höheren Betriebsgrößen in den Nachbarkreisen deuteten auf eine stärkere Stellung der selbständig betriebenen Landwirtschaft hin. Bis 1933 hatte sich die Lage zwar quantitativ etwas geändert, blieb aber in ihren Grundzügen erhalten. Zum Ende der Weimarer Republik hin nahm die Zahl der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe in den osthessischen Kreisen ab: im neuen Kreis Fulda, der aus den Fuldaer Landgemeinden und dem Landkreis Gersfeld bestand, zählten noch 58,8 Prozent der Betriebe zu dieser Größenklasse, im Kreis Hünfeld waren es noch 53,8 Prozent.<sup>14</sup>

Ein ähnliches Bild zeigte die Verteilung der landwirtschaftlichen Bevölkerung auf die verschiedenen Betriebsgrößenklassen. Über die Hälfte der in der Landwirtschaft tätigen Personen im Landkreis Fulda (54,9 Prozent) arbeitete 1925 in Betrieben mit weniger als fünf Hektar. Im Landkreis Gersfeld war es knapp die Hälfte (49,6 Prozent), in Hünfeld noch etwas weniger (43,1 Prozent). Der hohe Anteil der nebenerwerblichen Landwirtschaft im Landkreis Fulda zeigte sich unter anderem daran, daß die Betriebsgrößenklasse mit weniger als zwei Hektar in Fulda die zweitgrößte, in Gersfeld und Hünfeld jedoch nur die viertgrößte bildete. Umgekehrt zeigen diese Daten, daß die selbständig betriebene Landwirtschaft mit zwischen fünf und 20 Hektar oder darüber in den Landkreisen Hünfeld und Gersfeld stärker vertreten war als in Fulda.<sup>15</sup> Bis 1933 änderte

9. gl. Schönekas, 129.

10. Vgl. SDR Bd. 412, 106ff.; Bd. 456, H.25, 42ff.; Bd. 461, 105; Preußische Statistik Bd.76,1, 198, 390ff., Bd. 239, 14f, 128ff.

11. Kapp, 19.

12. Vgl. Klein, Der Regierungsbezirk Kassel, Bd.1, XXXf.

13. Vgl. SDR Bd. 412, 106ff.

14. Vgl. SDR Bd. 459, H.3, 30f, 66f.

15. Vgl. SDR Bd. 412, 106ff. Vgl. FZ, 17.7.1927 (Die Landwirtschaft im Fuldaer Land).

sich an diesen Verhältnissen wenig. Der Anteil der von der Landwirtschaft abhängigen Bevölkerung blieb in allen drei Landkreisen sehr hoch. Im neuen Landkreis Fulda, der nun aus den Fuldaer Landgemeinden und dem Altkreis Gersfeld bestand, gehörten 46,2 Prozent zum Landvolk, im Kreis Hünfeld sogar 53,4 Prozent (vgl. Abbildung 3).<sup>16</sup>

Die Landwirtschaft im Kreis Fulda konzentrierte sich in erster Linie auf Ackerbau und Viehzucht. Konstant wurden zwischen 1878 und 1920 etwa 40 Prozent der gesamten Kreisfläche für Ackerbau genutzt (etwa 24.000 Hektar). Die Wiesenfläche betrug etwa 15 Prozent der Kreisfläche (ca. 10.000 Hektar), Weiden machten rückläufig zwischen drei und zwei Prozent aus (ca. 1.400 Hektar). Dazu korrespondierten die wichtigsten Anbaufrüchte. 1920 wurden in erster Linie Roggen und Hafer (9,0 beziehungsweise 7,6 Prozent der Kulturfläche), daneben auch Kartoffeln (5,0 Prozent), Weizen (3,7 Prozent) und Gerste (2,0 Prozent) angebaut. Diese Verteilung der Anbauarten blieb etwa seit 1880 konstant. Weitgehend verschwunden war hingegen der in früheren Jahrzehnten wichtige Flachsbau. Er war vom weit rentableren Anbau von Getreide und Kartoffeln verdrängt worden.<sup>17</sup> Auch die im 19. Jahrhundert noch weit verbreitete Schafzucht war zurückgegangen. An ihre Stelle war die Schweinezucht getreten, die 1921 nach dem Rindvieh den größten Anteil an der Viehzucht im Kreis Fulda ausmachte.<sup>18</sup> Die Schafzucht wurde in der Mitte des 19. Jahrhunderts nachhaltig durch die billige Einfuhr australischer Wolle und durch Krankheiten zurückgedrängt. Rindvieh und Schweinezucht stiegen daraufhin enorm an, auch weil die Getreidepreise seit etwa 1876 sanken, was zur Einschränkung des Getreideanbaues und zum Ausbau des Futteranbaues führte. Durch den Ersten Weltkrieg wurde die Entwicklung aus Autarkiegründen kurzfristig unterbrochen.<sup>19</sup>

Die Einkommen der osthessischen Landwirte, das heißt die Erträge, die der Landwirt aus seinem Grund und Boden erwirtschaftete, waren auch nach 1918 sehr niedrig. Nach der Einkommenssteuerstatistik von 1925 betrug das Durchschnittseinkommen der deutschen

Landwirte 1.390 Reichsmark (RM) und nur ungefähr 29 Prozent waren zur Einkommenssteuer veranlagt beziehungsweise das überschritten das Existenzminimum. Im Kasseler Regierungsbezirk waren nur 9,2 Prozent der Landwirte einkommenssteuerpflichtig, das Durchschnittseinkommen lag weit unter dem Reichsdurchschnitt bei 643 RM. Im Fuldaer Land, Gersfeld und Hünfeld wurden noch nicht einmal diese niedrigen Werte erreicht. Am günstigsten schnitt der Kreis Hünfeld ab. Hier lagen 34,4 Prozent der 3.790 Betriebe über dem Existenzminimum. Diese Betriebe erwirtschafteten 1925 625.000 RM. Im Kreis Fulda lagen nur 7,2 Prozent der 7.256 Höfe oberhalb der minimalen Besteuerungsgrenze, das Jahresgesamteinkommen dieser Betriebe betrug hier 268.000 RM. Im Landkreis Gersfeld waren die Verdienstverhältnisse noch weitaus schlechter. Hier bezahlten nur 140 der 3.399 Betriebe (4,1 Prozent) Einkommenssteuer. Das gemeinsame Jahreseinkommen dieser steuerpflichtigen Landwirte betrug 66.000 RM.

Diese Werte berücksichtigen noch nicht die Betriebsgrößen. Erst eine Aufschlüsselung nach durchschnittlichen Hektarerträgen vermittelt ein aussagekräftigeres Bild. Hier betrug der Hektarreinertrag im Kreis Hünfeld 19,80 RM, im Kreis Fulda nur 5,40 RM und in Gersfeld 2,40 RM.<sup>20</sup> In die gleiche Richtung wiesen die 1930 veröffentlichten Einheitswerte für die landwirtschaftlichen Betriebe, die den Einkommenswert eines Hektars ausdrückten. Im Reichsdurchschnitt war ein Hektar landwirtschaftlich bewirtschafteter Fläche 974 RM wert, in Preußen 913 RM. Der Regierungsbezirk Kassel lag mit durchschnittlich 1.085 RM über den Werten im Reich und in Preußen. Im Kasseler Bezirk schwankten die Einheitswerte beträchtlich. Der Finanzamtsbezirk Fulda, der die Kreise Fulda und Gersfeld umfaßte, wies mit 685 RM den niedrigsten Einheitswert im Bezirk auf, was vor allem an den besonders niedrigen Einheitswerten in Gersfeld lag. In Hünfeld lagen die Einheitswerte mit durchschnittlich 809 RM zwar deutlich darüber, erreichten jedoch bei weitem nicht den Bezirksdurchschnitt oder die Werte für Preußen und das Reich.<sup>21</sup>

Die Entwicklung der Landwirtschaft im Fulda-

16. Vgl. SDR Bd. 456, H.25, 42ff.

17. Vgl. Kapp, 44ff.

18. Vgl. Kapp, 51ff. Vgl. FZ, 20.7.1927 (Landwirtschaftslehrer Schick, Bäuerliche Wirtschaftsweise im Fuldaer Land).

19. Vgl. FZ, 17.7.1927 (Direktor Tremmel, Die Tierzucht im Kreise Fulda; Tierzuchtinspektor L. Walther, Der Stand der Kurhessischen Fleckviehzucht).

20. Vgl. FZ, 17.2.1929 (Schreiber, Das Einkommen der kurhessischen Landwirtschaft).

21. Vgl. FZ, 18.6.1930 (Schreiber, Die Einheitsbewertung der landwirtschaftlichen Betriebe).

er Land wurden demnach trotz der günstigen Besitzverteilung durch die ungünstigen Witterungs- und Bodenverhältnisse stark behindert. "Diese Voraussetzungen sind in den beiden Kreisen Fulda und Gersfeld nicht besonders günstig und hieraus ist zu entnehmen, daß die Landwirte unseres Bezirkes in der großen Mehrzahl unter schwierigen Bedingungen ihren Beruf ausüben."<sup>22</sup>

Der Anteil von nicht aus der Landwirtschaft erwirtschaftetem Einkommen war mit dem Anwachsen der Erwerbstätigenzahlen zwischen 1907 und 1925 in diesem Bereich kontinuierlich angestiegen. Im Kreis Fulda waren 1925 etwa ein Drittel (36,8 Prozent) mehr Erwerbstätige zu finden als 1907, in Hünfeld etwa ein Viertel (26,8 Prozent) und Landkreis Gersfeld etwa ein Siebtel (14,7 Prozent). Der Zuwachs an Erwerbstätigen betraf vor allem die neuen Arbeitsplätze in Industrie und Handwerk. Hier arbeiteten 1925 42,8 Prozent (Kreis Fulda), 18,6 Prozent (Kreis Hünfeld) und im industriell rückständigen Kreis Gersfeld sogar 44,9 Prozent mehr Erwerbstätige als 1907.<sup>23</sup> Der Ausbau des Nahverkehrssystems ermöglichte es, daß die Arbeiterschaft des Landkreises in großer Zahl nach Fulda einpendelte. Fulda bot 1925 mit 1.520 Betrieben und 15.272 Beschäftigten etwa zwei Drittel (60,5 Prozent) aller Arbeitsplätze in der Region. Fulda stellte damit das Einpendlerzentrum der Region dar. Zum Vergleich fanden sich in den Fuldaer Landgemeinden insgesamt 1.641 Betriebe mit 4.524, im Kreis Gersfeld 1.433 Betriebe mit 2.625 und im Kreis Hünfeld 1.240 Betriebe mit 2.840 Beschäftigten.

Die industriellen Arbeitsplätze konzentrierten sich vor allem auf die Metallverarbeitung und die Textilherstellung. Das Fuldaer Land gehörte wie Gersfeld und Hünfeld zum weiteren rhein-mainischen Wirtschaftsraum, was sich unter anderem an der Aufteilung der Industrie- und Handelskammern zeigte. Die IHK Fulda war eine Geschäftsstelle der IHK Frankfurt und umfaßte neben Stadt und Land Fulda die Kreise Gersfeld und Hünfeld. Das Fuldaer Arbeitsamt war eine Filiale des Frankfurter Landesarbeitsamtes und in seinem Zuständigkeitsbereich identisch mit der IHK.

Im Fuldaer Umland fand sich bis auf Steinbrü-

che und Sägewerke kaum nennenswerte Industrie. Lediglich die Gegend um Neuhoft ragte durch den Kalibergbau heraus.<sup>24</sup> Daß die wenige Industrie in der osthessischen Region fast ausschließlich kleinbetrieblich organisiert war, zeigt ein Blick auf die Arbeitgeber mit über 30 Arbeitnehmern. Außerhalb Fuldas fanden sich in den Landgemeinden des Kreises nur drei größere Industriebetriebe. Dies waren die zwei Bergwerksunternehmen, die Gewerkschaft Hedigsburg mit 350 und die Gewerkschaft Ellers mit 90 Arbeitern, und eine Cellulosefabrik mit 95 Arbeitern. Die 535 Arbeitsplätze in den Betrieben mit mehr als 30 Beschäftigten machten mithin nur 9,3 Prozent der Industriearbeiterschaft im Landkreis Fulda aus. 1920 gab es in den Landgemeinden des Kreises Fulda überhaupt nur 18 Industriebetriebe aller Größen mit insgesamt 935 Arbeitern. Zum gleichen Zeitpunkt beschäftigten drei städtische Industriebetriebe in Fulda zum Vergleich 3.273 Erwerbstätige. Im Kreis Hünfeld gab es 1920 lediglich zwei Industriebetriebe, die zusammen 196 Erwerbstätige beschäftigten. Beide Betriebe lagen zudem noch in der Stadt Hünfeld. Der Landkreis Gersfeld wies keinerlei Industriebetriebe auf.<sup>25</sup>

Quelle: SDR; Preussische Statistik.

Die Verteilung der Erwerbstätigen auf die verschiedenen Wirtschaftszweige spiegelte die Dominanz der landwirtschaftlichen Produktion. 1925 war in den Landgemeinden des Landkreises Fulda nur etwa ein Viertel aller Erwerbstätigen in Industrie und Handwerk beschäftigt (26,3 Prozent), im Landkreis Hünfeld waren es 16,4 Prozent, in Gersfeld nurmehr 15,6 Prozent.<sup>26</sup> Bis 1933 änderte sich daran wenig. Im neuen Kreis Fulda fanden 1933 22,4 Prozent der Erwerbstätigen in Industrie und Handwerk Lohn und Brot. Im Landkreis Hünfeld waren es 15,0 Prozent.<sup>27</sup> Die Bedeutung des sekundären Wirtschaftssektors stieg in den Kreisen Fulda, Gersfeld und Hünfeld und nur sehr langsam. Zwischen 1907 und 1915 wuchs der Anteil der von Industrie und Handwerk abhängigen Bevölkerung in Gersfeld lediglich um zwei Prozent auf 19,6 Prozent, in Hünfeld gar nur um 0,8 auf 20,6 Prozent. In den Fuldaer

22. FZ, 20.7.1927 (Landwirtschaftslehrer Schick, Bäuerliche Wirtschaftsweise im Fuldaer Land).

23. Vgl. SDR Bd.209, 342ff, Bd. 405, 62, 72ff, Bd. 456, H.25, 42.

24. Vgl. Schönekas, 128f.

25. Vgl. Hessisches Staatsarchiv Marburg Best 165, Nr.3846, Bd.1, Bl. 5f.

26. In der Stadt Fulda arbeiteten 1925 38,1 % der Erwerbstätigen in Industrie und Handwerk. Vgl. SDR Bd. 405, 72ff.

27. Vgl. SDR Bd.456, H.25, 42.

Landgemeinden hatten Industrie und Handwerk gemessen an der Zahl der Berufszugehörigen einen höheren Stellenwert. Hier gehörte 1925 etwa jeder Dritte (30,3 Prozent) zur Industriearbeiterschaft (vgl. Abbildung 4).<sup>28</sup>

Im Verlauf der Weltwirtschaftskrise ging die Zahl der industriell Erwerbstätigen in Osthessen stark zurück. In der Stadt Fulda sank sie von 5.384 um 27,3 Prozent auf 3.912. Der neue Landkreis Fulda wies 1933 28,1 Prozent weniger industriell Erwerbstätige auf als 1925, im Landkreis Hünfeld waren es 21,6 Prozent weniger. Von politisch kaum zu überschätzender Bedeutung war es hierbei, daß viele der aus dem industriellen Erwerbsleben Ausscheidenden nicht ins soziale Abseits fielen, sondern von der heimischen Landwirtschaft mitversorgt werden konnten beziehungsweise dorthin zurückkehrten. Die Zahl der in der Landwirtschaft Erwerbstätigen stieg etwa im Landkreis Hünfeld zwischen 1925 und 1933 leicht an.

Die wirtschaftliche Struktur sowie die Entwicklung der Erwerbstätigenzahlen wirkte sich nachhaltig auf die Geschichte der Landkreise Fulda, Hünfeld und Gersfeld aus:

1. Auch die osthessische Region wurde nach der Jahrhundertwende von der Industrialisierung erfaßt. Dennoch blieb der Anteil der Selbständigen durch die große Bedeutung der Landwirtschaft außerordentlich hoch. Dies behinderte nachhaltig die Entstehung einer Arbeiterbewegung zur Interessenvertretung von unselbständig Beschäftigten. Die selbständige betriebene Landwirtschaft blieb auch noch für die in weitem Umfang betriebene nebenerwerbliche Landwirtschaft der Maßstab sozialer Geltung, weniger hingegen das Ideal eines Facharbeiters in der Fabrik.

2. In der Weltwirtschaftskrise ging in der osthessischen Region die Zahl der Erwerbstätigen zwar auch rapide zurück. Der landwirtschaftliche Sektor war indessen in der Lage, einen großen Teil der so freigesetzten Arbeitskräfte aufzunehmen. Die politische Radikalisierung fand daher unter den Rhöner Pendlern kaum Nährboden.

3. Die enge Verzahnung zwischen ländlicher Lebensweise und städtischem Arbeitsplatz verband die Landgemeinden des Kreises Fulda mit der Stadt Fulda zu einer engen soziogeographischen Einheit. Die weiter entfernt gelegenen Kreise Hünfeld und Gersfeld blieben dagegen relativ isoliert. Ihre Verknüpfung mit

dem regionalen Mittelzentrum Fulda bestand in erster Linie aus der gemeinsamen Konfession.

### 3. Religion und Konfession

Der Katholizismus dominierte in Osthessen bei weitem. Die protestantische Minderheit beschränkte sich 1925 auf 22,8 Prozent der Fuldaer städtischen Bevölkerung sowie knapp 40 Prozent des Landkreises Gersfeld und etwa 30 Prozent des Landkreises Hünfeld. Entscheidend blieb, daß alle Gemeinden bis auf die Stadt Fulda rein katholisch oder protestantisch waren. Von konfessioneller Durchmischung konnte etwa im Kreis Gersfeld trotz seiner vergleichsweise ausgewogenen Zahlen auf Kreisebene keine Rede sein. Die Kultur vor Ort wurde von einer einzigen Konfession bestimmt. Das zahlenmäßige Verhältnis der Konfessionen blieb auf diese Weise von 1871 bis 1933 nahezu konstant.

Beide Konfessionen bildeten indessen einen einheitlichen Sozialraum, der nicht durch unterschiedliche Wirtschaftsverfassungen zerteilt wurde. So wiesen sowohl die protestantischen als auch den katholischen Gemeinden des Landkreises Gersfeld übereinstimmend 58,5 Prozent beziehungsweise 58,4 Prozent landwirtschaftliche Bevölkerung auf. Katholische und evangelische Gemeinden wuchsen zwischen 1885 und 1933 auch in etwa gleich stark: die katholischen Gemeinden in Gersfeld um 2,3 Prozent, die protestantischen Gemeinden um 3,6 Prozent. Der Landkreis Hünfeld bot ein ähnliches Bild: die katholischen Gemeinden waren zu 55,6 Prozent agrarisch, die protestantischen zu 48,6 Prozent. In Hünfeld schrumpften indes die protestantischen Gemeinden um 6,4 Prozent ihrer Bevölkerung, während die katholischen Gemeinden zu 6,3 Prozent wuchsen.<sup>29</sup> Katholiken und Protestanten bildeten zwar einen Sozialraum, aber zwei völlig verschiedene Kulturräume.

0 Quelle: Handbuch für das katholische Deutschland 1918ff; Bistumsarchiv Fulda

Der Landkreis Fulda bestand aus in seiner kirchlichen Gliederung aus vier Dechanaten (Fulda, Margrethenhaun, Großenlüder und Neuhoof), die Landkreise Gersfeld und Hünfeld jeweils aus zwei (Hilders und Weyhers beziehungsweise Hünfeld und Eiterfeld). Auskunft über die Kirchlichkeit der osthessischen Ka-

28. Vgl. SDR Bd. 405, 72ff (= Bd. 408, 33f); Bd.209, 342ff.

29. Vgl. Gemeindelexikon für die Provinz Hessen-Nassau, 1885 und 1925 sowie SDR (Volkszählung 1933).

tholiken geben die Äußerungen kirchlichen Lebens wie Kirchengang, Kommunion und Osterkommunion. Daran gemessen wiesen die Katholiken der Kerngebiete des Bistum Fulda eine sehr hohe Kirchlichkeit auf. Als herausragendes Kriterium für die Kirchlichkeit darf die Osterkommunionsteilnahme gelten, da sie auf einem der Kirchengebote beruht. Die Osterkommunionsteilnahme besagte, daß der gläubige Katholik mindestens einmal in der Osterzeit das Altarsakrament zu empfangen habe, was leicht anhand der dabei ausgegebenen Andachtsbildchen gemessen werden konnte. Die Osterkommunionsteilnahme der osthessischen Katholiken lag von 1918 bis 1933 zwischen zwei Drittel und drei Viertel aller Katholiken (vgl. Abbildung 6). Sie wies im Gegensatz zur weit verbreiteten Annahme einer linear rückläufigen kirchlichen Bindung gegen Ende der Weimarer Republik eine ansteigende Tendenz auf.<sup>30</sup> Auch in der Stadt Fulda stieg die Zahl der Osterkommunikanten an. Sie wuchs von etwa der Hälfte auf etwa zwei Drittel der städtischen Katholiken.

Dennoch war die Kirchlichkeit der Katholiken auf dem Land deutlich höher als in der Stadt. Ihre Entwicklung verlief gleichmäßiger auf hohem Niveau, während die Stadt erst zwischen 1927 und 1932 einen rasanten Anstieg der kirchlichen Bindung zeigte. Mit mehr als drei Viertel aller Katholiken wiesen die katholischen Gemeinden des Landkreises Gersfeld eine besonders hohe Osterkommunionsteilnahme auf. Hierin schlug sich die räumliche Entfernung von der städtischen Mobilität genauso nieder wie die diasporaähnliche Situation der Gersfelder Katholiken. Die hohe kirchliche Bindung der ländlichen Katholiken zeigte sich auch in den Zahlen zu Kirchengang, Kommunionempfang und Mischehen.<sup>31</sup> Die Protestanten in den Landkreisen Fulda, Gersfeld und Hünfeld zeigten ein ähnliches Bild. Ihre kirchliche Bindung darf mit Abstrichen an der Abendmahlsteilnahme gemessen werden. 1925 nahmen 14.380 der 22.587 Protestanten im evangelischen Kirchenkreis Fulda am Abendmahl teil, was einem prozentualen Anteil von 63,7 Prozent entsprach. Auch hier

fällt das Kirchlichkeitsgefälle zwischen Stadt und Land auf. In der Stadt Fulda lag die Abendmahlsteilnahme bei 26,5 Prozent, während sie etwa in der Kirchengemeinde Hetttenhausen sogar über 100 Prozent (103,9 Prozent) betrug.<sup>32</sup> Evangelische Kirchengemeinden wie Tann oder Gersfeld wiesen eine Abendmahlsteilnahme von 80,9 Prozent beziehungsweise 67,4 Prozent auf, was deutlich oberhalb des ansonsten rückläufigen Trends in der evangelischen Kirche lag. Auch die Rhöner Protestanten wiesen ähnlich den Katholiken eine erstaunlich hohe kirchliche Bindung auf.

#### 4. Vereine und Verbände

Kirchliche Prägung und landwirtschaftlicher Hintergrund fanden Eingang in das Vereinswesen des Fuldaer Landes. Besonders wichtig waren hier naturgemäß die landwirtschaftlichen Vereine, allen voran der „Kurhessische Bauernverein“. Die katholischen landwirtschaftlichen Organisationen Osthessens gliederten sich in drei Säulen, wie sie auch in anderen agrarischen Gebieten zu finden waren: die staatlich sanktionierten, auf gesetzlicher Grundlage beruhenden Berufsvertretungen der Landwirtschaftskammern, das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen und die wirtschaftspolitischen berufsständischen Verbände.

Die Organisation der landwirtschaftlichen Selbsthilfe, die später in das Genossenschaftswesen mündete, setzte im osthessischen Raum bereits in den 1850er Jahren ein. Diese Selbsthilfeorganisationen entstanden mit dem Ziel, die „neuesten Erfahrungen auf dem Gebiete der Landwirtschaft und dem damit zusammenhängenden Gewerbe den Mitgliedern zugänglich und nutzbar zu machen.“<sup>33</sup> Der Landwirtschaftliche Kreisverein wurde im Jahr 1851 gegründet. 1859 schloß er sich dem „Zentralverein für Kurhessen“ an. Nach 1871 kam die „Landwirtschaftskammer für den Regierungsbezirk Cassel“ hinzu, die in Kassel ihren Sitz hatte und vornehmlich für das Berichtswesen sowie die Planung und Koordination der verschiedenen Vereine und Verbände

30. Dieser Anstieg zeigte sich auch in den absoluten Zahlen. In den Fuldaer Landgemeinden und den Landkreisen Gersfeld und Hünfeld stieg die Zahl der Katholiken zwischen 1918 und 1933 von 70.333 auf 77.276 an (+ 9,9 %). Im gleichen Zeitraum nahm die Zahl der Osterkommunikanten von 45.125 auf 58.418 zu, was einem Zuwachs von 29,5 % entsprach. Somit stieg die Zahl der Osterkommunikanten schneller als die Zahl der Katholiken. Vgl. hierzu Weichlein, Sozialmilieus.

31. Zu anderen Gradmessern wie Kirchengang, Kommunionempfang und Kirchenaustritten vgl. Weichlein, Sozialmilieus.

32. Vgl. Weichlein, Sozialmilieus.

33. Vgl. Kapp, 79f.



zuständig sein sollte. Im Zuge der Agrarkrise der 1880er Jahre entstanden die Raiffeisenvereine, in Hessen nicht zuletzt ein wirksames Mittel gegen den lange Zeit erfolgreichen Antisemitismus des Marburger Reichstagsabgeordneten Otto Boeckel.

Für die spezifisch katholische Organisation der Landwirtschaft waren weniger die zentral von Kassel aus geführte Landwirtschaftskammer mit ihrem halboffiziellen Charakter, sondern vielmehr die 1882 gegründeten dezentralen Raiffeisenvereine von Bedeutung. Ihre verantwortlichen Leiter waren im katholischen Raum hauptsächlich engagierte katholische Kleriker wie der Multifunktionär und Pfarrer Emil Atzert, der neben seiner seelsorglichen und politischen Tätigkeit noch das Amt eines Unterverbandsdirektors der Raiffeisenvereine für den Landkreis Gersfeld bekleidete.<sup>34</sup> Das Organ des Kurhessischen Genossenschaftswesens, „Der Raiffeisen-Bote“, wurde gegen Ende der Weimarer Republik in einer Auflage von 47.000 Stück alle vierzehn Tage mit 16 Druckseiten hergestellt und stellte ein kaum zu unterschätzendes Kommunikationsmedium in der ländlichen Bevölkerung dar.<sup>35</sup>

Die Interessenorganisation der katholischen Landwirte im Fuldaer Land wurden in starkem Maße von ultramontanen Geistlichen ange-regt. Wichtig war zudem der Einfluß des Trierer Kaplans Friedrich Dasbach, der den Wahlkreis Hünfeld-Gersfeld von 1893 bis 1898 im preußischen Abgeordnetenhaus vertrat. Dasbach war als Gründer der Paulinusdruckerei in Trier und besonders als Präsident des Trierischen Bauern- und Winzervereins hervorgetreten. Dasbach bewirkte eine tiefgreifende Popularisierung der Bauernvereinsbewegung im moselfränkischen Raum. Dieser Funke zündete auch in dem noch stark agrarischen Rhöner Gebiet. Ab 1883 traten verschiedene Pfarrer, allen voran Pfarrer Grebe (Flieden) und der Hünfelder Dechant Engel<sup>36</sup>, als Propagandisten der katholischen Bauernvereinsbewegung auf und riefen verschiedene Ortsvereine ins Leben. Anfangs

lokale Organisationsformen wurden 1891 durch eine „Centralstelle“, die für den gesamten Regierungsbezirk Kassel zuständig war, überwölbt.

Publizistisch verblieb die Bauernvereinsbewegung in Osthessen eng mit der katholischen Presse verbunden. Ein eigenes Vereinsorgan, der „Rathgeber für Landwirtschaft, Gartenbau und Hauswesen“, erschien als Beilage zur Kirchenzeitung „Bonifatiusbote“. Pfarrer Grebe aus Flieden schrieb am 16. Januar 1883 in der Fuldaer Zeitung. „Es ist hohe Zeit, daß auch in unserem Fuldaer Ländchen der Bauernstand zu der Erkenntnis komme, daß wenn ihm in materieller Hinsicht geholfen werden soll, auch für ihn das Sprichwort Geltung hat 'Hilf Dir selbst, so hilft Dir Gott!'“<sup>37</sup> Die Bauernvereine verstanden sich als Mittel zur Selbsthilfe und waren zugleich Teil des katholischen Vereinswesens. Schon 1892 war ihre Organisationsquote immens. Wo sie im Landkreis Fulda vertreten waren, organisierten sie durchschnittlich 45 Prozent der männlichen erwachsenen Bevölkerung. In den umgebenden Landkreisen Gersfeld und Hünfeld lag die Organisationsquote mit 54 Prozent noch höher.<sup>38</sup> Die katholischen Bauernvereine wuchsen sehr schnell. Schon 1893 zählten sie 2.018 Mitglieder, gegenüber 1.061 zwei Jahre zuvor. Die Statuten der Centralstelle in Fulda sahen Selbsthilfemaßnahmen vor wie den Sammelankauf von Kraftfutter, Düngemitteln und Saatgut. Im Kampf gegen zu niedrige Erzeugerpreise wollten sie die Interessen der Bauernvereine gegenüber den Zwischenhändlern vertreten und ihren Mitgliedern Rechtsbeistand gewähren. Dieses Angebot war für viele Landwirte attraktiv.

Nach 1918 erfaßte eine Organisations- und Vergewerkschaftungswelle das Land. Waren bis 1918 in Osthessen selbständige und unselbständige Landwirtschaft Treibende noch einheitlich organisiert, so verlangten die Landarbeiter nun ihre eigene gewerkschaftliche Vertretung. Anfangs hatten die selbständigen katholischen Landwirte und

34. Dies galt ebenso für den Zentrumsabgeordneten im preußischen Abgeordnetenhaus Drinnenberg, der gleichzeitig Raiffeisen-Unterverbandsdirektor für den Landkreis Hünfeld war. Nach Atzert übernahm Pfarrer Goldbach (Simmershausen) das Amt des Unterverbandssekretärs.

35. Vgl. FZ, 18.5.1932 (Landwirt Sondergeld, Hofbieber, 50 Jahre Raiffeisen in Kurhessen). Das ländliche Genossenschaftswesen bestand aus vier Zweigen: 1. dem Kurhessischen verband ländlicher Genossenschaften - Raiffeisen - e.V. zu Kassel, 2. der Kurhessischen Zentralgenossenschaft zu Kassel, 3. der landwirtschaftlichen An- und Verkaufsgesellschaft „Hessenland“ und 4. der Hessischen Siedlungsgesellschaft.

36. Vgl. Bauernstimme, Organ des Kurhessischen Bauernvereins 5 (1928), 128.

37. Zit. in: Bauernstimme 5 (1928), 127.

38. Mitgliederstatistik der Centralstelle der Bauernvereine erstellt vom Schriftführer und Kassierer Fuest (datiert auf den 18.2.1892) abgedruckt in: Bauernstimme 5 (1928), 136.

Gutsbesitzer noch versucht, eine gemeinsame Organisation aufrechtzuerhalten. Doch stieß diese Absicht auf entschiedenen Widerstand. „Auch der landwirtschaftliche Arbeitnehmer hat gelernt und will seine Interessen durch eine gewerkschaftliche Arbeiterorganisation vertreten haben, in der er ohne Einfluß des Arbeitgebers mitreden kann. ... Die Absicht der Arbeitgeber, die Arbeiter in ihre Organisationen aufzunehmen, beweist, daß man noch mit einer großen Rückständigkeit der Arbeiter rechnet.“<sup>39</sup> Die gewerkschaftliche Interessenvertretung der unselbständigen landwirtschaftlichen Arbeitnehmer stieß jedoch beim Deutschen Bauernverein auf wenig Gegenliebe. Sein Geschäftsführer August Crone-Münzebrock lehnte Gewerkschaften der Landarbeiter entschieden ab. Auf Druck ihrer Mitglieder organisierten die Christlichen Gewerkschaften die Landarbeiter auf gewerkschaftlicher Grundlage im „Zentralverband der Forst-, Land- und Weinbergsarbeiter Deutschlands“. Von einer Interessenskoalition zwischen selbständigen Landwirten und unselbständigen Landarbeitern konnte daraufhin auch im katholischen Raum keine Rede mehr sein. Landarbeiter und Landwirte waren auch organisatorisch getrennt.

In der wirtschaftlichen Notzeit nach 1918 nahm der Stadt-Land-Gegensatz deutlich zu. Die Landwirtschaft war bestrebt, über eine schlagkräftige Vereinigung ihren Interessen Nachdruck zu verleihen. Sehr unterschiedliche Organisationen versuchten im Fuldaer Land und in ganz Osthessen Fuß zu fassen: der „Deutsche Landbund“ (DLB) in der Nachfolge des früheren Bundes der Landwirte (BdL), der der DDP nahestehende Deutsche Bauernbund (DBB) und die Christlichen Bauernvereine.

Katholischerseits dauerte es eine ganze Weile, bis man sich der Herausforderung durch den stramm konservativen und der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) nahestehenden DLB bewußt wurde. Die zwischenzeitlich eingetretene organisatorische Orientierungslosigkeit unter den katholischen Landwirten führte sogar zur Annäherung an die bereits weit vorangeschrittene Organisation des Kurhessischen Landbundes, einer Untergliederung des Deutschen Landbundes DLB. Noch

im Dezember 1919 schloß sich der landwirtschaftliche Kreisverein Fulda der Arbeitsgemeinschaft des „Kurhessischen Landverbandes“ im Regierungsbezirk Kassel an, dem außer dem Kurhessischen Landbund die Christlichen Bauernvereine, der demokratische Deutsche Bauernbund und die übrigen landwirtschaftlichen Organisationen und Körperschaften des Bezirkes angehörten. Die katholische Presse vermutete im Dezember 1919 sogar, „daß der Kreisbauernverein Fulda heute ein Glied der hessischen Bezirksbauernschaft ist und deren Anweisungen entgegen der Kreisbauernverein Fulda heute ein Glied der hessischen Bezirksbauernschaft ist und deren Anweisungen entgegennimmt.“<sup>40</sup> Wie der „Bonifatiusbote“ mit großem Bedauern feststellte, vollzogen die landwirtschaftliche Ortsvereine im Landkreis Hünfeld in dieser unentschiedenen Situation „durch eine Zufallsmehrheit von einigen Stimmen“ den organisatorischen Anschluß an den Landbund. Empört stellte die Kirchenzeitung fest: „Der Landbund ist - mögen seine Wortführer dies auch abstreiten - eine deutschnationale konservative Gründung, dazu bestimmt, dieser Partei in bäuerlichen Kreisen Ersatz zu schaffen für die großen Verluste bei den letzten Wahlen.“<sup>41</sup>

Der Entschluß der Hünfelder Landwirte, dem Landbund beizutreten, spiegelte die konfessionelle Spaltung dieses Landkreises. Die Agitation des Kurhessischen Landbundes konnte an die starke Minderheitenstellung der protestantischen Landwirte anknüpfen. Die Christlichen Bauernvereine setzten in der Folgezeit alles daran, die Landwirte im Hünfelder Land davon abzubringen, sich weiter „von einer kleinen Clique irreleiten zu lassen“. Bezeichnenderweise gestand der Bonifatiusbote dem Landbund in anderen Gebieten den Alleinvertretungsanspruch zu: „In Pommern und Ostpreußen, meinestwegen auch in Niederhessen, mögen sie das tun, für das Fuldaer Land und für die Kreise Hünfeld und Gersfeld paßt eine derartige Organisation nicht.“<sup>42</sup>

Die Gefahr des Abdriftens der katholischen Bauern in das rechtskonservative Lager versetzten die katholische Presse und Vertreter des politischen Katholizismus in helle Aufre-

39. Fuldaer Zeitung (= FZ), 7.6.1919. Der für Fulda zuständige Bezirksleiter der Christlichen Gewerkschaften war Peter Steinbeck.

40. FZ, 15.12.1919.

41. Vgl. Bonifatiusbote (=BB), 8.2.1920 (Hervorgebung im Original).

42. Vgl. BB, 8.2.1920. Erst im Jahre 1927 kam es zur Gründung einer Kreisgruppe des Kurhessischen Bauernvereins im Landkreis Hünfeld. Vgl. FZ, 12.5.1927. Im Jahre 1929 zählte er rund 400 Mitglieder. Vgl. FZ, 25.12.1929.

gung. Erst ihr energisches Eingreifen und die Agitation der örtlichen Zentrums Politiker konnten die Situation wenden. In den Jahren 1919 und 1920 waren die Versuche des Landbundes, in Osthessen Fuß zu fassen, ein Dauerthema der katholischen Presse. Die Fuldaer Zeitung wies immer wieder auf die Vergangenheit und die politische Linie des BdL hin: „Wiederaufrichtung der alten ostelbischen Junkerherrschaft, Zurückdrängung des Zentrums und des katholischen Volksteiles in die alte Helotenstellung.“<sup>43</sup> Die katholische Presse Fuldas betonte dagegen in Versammlungsberichten und eigenen Stellungnahmen immer wieder die Notwendigkeit einer schlagkräftigen Organisation der katholischen Landwirte außerhalb des Reichslandbundes und seiner nachgeordneten Verbände. Dazu empfahl sie den Anschluß an die reichsweite Organisation der Christlichen Bauernvereine. „Nur die christlichen Bauernvereine vertreten in Wirklichkeit auch die bäuerliche Bevölkerung.“<sup>44</sup>

In mehreren Versammlungen wurde 1919 für den Zusammenschluß der Landwirtschaft in Osthessen mit dem Zweck geworben, sich den (christlichen) Deutschen Bauernvereinen und deren einflußreicher, auf 450.000 Mitglieder gestützten Zentrale in Berlin anzuschließen.<sup>45</sup> Auf verschiedenen Versammlungen versuchten Vertreter des BdL besonders unter den evangelischen Bauern des gemischt-konfessionellen Landkreises Gersfeld Fuß zu fassen. Ihr Auftreten wurde sowohl von der katholischen wie auch von der demokratischen Presse (Fuldaer Tageblatt) scharf kritisiert. „Mit derartigen naiven Mitteln werden die Vertreter des Großgrundbesitzes aber doch kaum die Schönheiten der alten Zeit wieder erwecken, die es fertig brachte, ein so tüchtiges Volk wie das deutsche politisch und militärisch in den Abgrund zu stürzen.“<sup>46</sup>

An die Spitze der neu entflammten Bauernvereinsbewegung der selbständigen Landwirte trat der Gutsbesitzer und Abgeordnete in der preußischen Landesversammlung, Bispink(-Trätzhof). Er konnte auf die 52 Ortsvereine und 2.500 Mitglieder des 1851 gegründeten „Landwirtschaftlichen Kreisvereins“ Fulda zu-

rückgreifen. Sie schlossen sich am 19. Juli 1920 zusammen und wählten den Landwirt und Bürgermeister Jonas (Rex) zu ihrem Vorsitzenden. Der neue Anlauf, die katholischen Landwirte in einem Verein zu organisieren, wurde erfolgversprechend mit der Einrichtung einer hauptamtlichen Geschäftsführung in die Tat umgesetzt, die Dr. Graß vom rheinischen Bauernverein übertragen wurde. Schon Mitte September 1920 schlossen sich die zusammengefaßten landwirtschaftlichen Ortsvereine der Vereinigung der christlichen Deutschen Bauernvereine an. Vorsitzender des Kurhessischen Bauernvereins - wie er jetzt in Anknüpfung an die 1890er Jahre wieder hieß - wurde der Gutsbesitzer Bispink. Der Kurhessische Bauernverein blieb eine schlagkräftige Organisation mit Geschäftsführung und eigenem Verbandsorgan, der „Bauernstimme“, die ab 1924 halbmonatlich erschien. Der ältere „Rathgeber“ blieb als Beilage zur Kirchenzeitung „Bonifatiusbote“ erhalten. Sein Vereinsgebiet erstreckte sich der Satzung nach auf die katholischen Kreise Fulda, Gersfeld und Hünfeld, die katholischen Gemeinden der benachbarten Kreise Schlüchtern und Gelnhausen sowie das thüringische Amt Geisa.<sup>47</sup>

Tatsächlich erreichte er jedoch nur die katholischen Landwirte der Kreise Fulda und Gersfeld - ab 1926 auch diejenigen des Landkreises Hünfeld -, während sich die evangelischen Landwirte im Landkreis Gersfeld von den christlichen Bauernvereinen fernhielten. Unter ihnen entfaltete der Deutsche Bauernbund, der der DDP nahestand, eine rege Agitationstätigkeit. Im Sinne sozialen Ausgleichs und Harmonie forderte sie der Landwirt Trieschmann aus Oberellenbach zum Beitritt in den Deutschen Bauernbund auf. „Die Zerklüftung zwischen Stadt und Land zwingt uns, einen Ausgleich herbeizuführen, und dazu ist es nötig, daß beide Teile sich und ihre gegenseitig so vielfach ineinander greifenden Bedürfnisse verstehen lernen.“ Nach anfänglichen Erfolgen wurde der demokratische Bauernbund indessen bald bedeutungslos.<sup>48</sup> Neben der schlagkräftigen Organisation der katholischen Landwirte in den christlichen Bauernvereinen konnte das Zentrum darauf

43. BB, 30.5.1920.

44. BB, 8.2.1920.

45. Vgl. FZ, 4.8.1919. In einer Anzeige hatten die Vorsitzenden des Landwirtschaftlichen Kreisvereins und des Kreisbauernrates für die „Organisation und den Zusammenschluß der Landwirte im Kreise Fulda“ geworben. Vgl. FZ, 31.5.1919.

46. FT, 21.5.1920.

47. Vgl. Bauernstimme 5 (1928), 143f. Die „Bauernstimme“ änderte 1929 ihren Titel in „Kurhessischer Bauer“.

48. Fuldaer Tageblatt (=FT), 21.5.1920.

verweisen, landwirtschaftliche Interessen auch im Parlament zu vertreten. Mit dem Unterverbandsdirektor des Raiffeisenverbandes Hünfeld, August Drinnenberg, und dem Vorsitzenden des Kurhessischen Bauernvereins, Gutsbesitzer Bispink, entsandte es zwei Gewährsleute der osthessischen Landwirtschaft in den preußischen Landtag beziehungsweise die preußische Zentrumsführung. Damit wurde zwar der Stadt-Land-Gegensatz innerhalb der Zentrumsreihen abgemildert. Die schlagkräftige Interessenorganisation der „Zentrumsbauern“ spitzte jedoch den Gegensatz zwischen der Agrarbevölkerung und den städtischen Arbeiterschichten parteipolitisch zu. Die Vertreter der sozialistischen Freien Gewerkschaften in Fulda versäumten keine Gelegenheit, die Ernährungsnot in der Stadt dem mangelnden Willen zur Zusammenarbeit unter den Landwirten zuzuschreiben, und machten hierfür wiederholt die Organisation der Zentrumsbauern verantwortlich. Für viele städtische Arbeiter gab es „nichts unersättlicheres als die Zentrumsbauern“. <sup>49</sup> Diese Vorwürfe wurden von Zentrumsseite als „Terrorismus der sozialdemokratischen Gruppe“ zurückgewiesen. Besonders traf die Zentrumsparlamentarier der Vorwurf der Treulosigkeit, der von MSPD- und Gewerkschaftsseite erhoben worden war, hatte das Zentrum doch Preisherabsetzungen für Lebensmittel für seine städtische Klientel versprochen. An dieses Versprechen glaubte man sich indes nicht mehr gebunden, da die Preissenkung auch für die in der Landwirtschaft benötigten Produkte hätte gelten müssen, was nicht der Fall war. <sup>50</sup>

Nach der organisatorischen Konsolidierung verlief die Mitgliederentwicklung für dem Kurhessischen Bauernverein außerordentlich positiv. Nach einem Bericht des Fuldaer Kirchenblattes vom 14. November 1920 hatten sich ihm 10.000 Mitglieder im gesamten Regierungsbezirk Kassel angeschlossen, nachdem es bei seiner Gründung wenige Monate zuvor noch 4.000 gewesen waren. <sup>51</sup> 1924 richtete der Kurhessische Bauernverein eine Geschäftsstelle für die Landkreise Schlüchtern

und Gelnhausen ein, die die dortigen Mitglieder betreute. Auch im katholischen Kerngebiet der Kreise Fulda und Gersfeld nahm die Mitgliederzahl 1924 um 320 zu. Für die katholischen Landwirte waren dabei neben der wirtschaftspolitischen Artikulation ihrer Forderungen konkrete Unterstützungsleistungen des Verbandes attraktiv. Dieser hatte 1924 eine eigene Kurhessische Bauernbank gegründet, in deren Aufsichtsrat zu 60 Prozent Vertreter der Landwirtschaft saßen. <sup>52</sup> Auch in der Folgezeit hielt der Mitgliederzuwachs an. <sup>53</sup> 1931 wies der Kurhessische Bauernverein 5.000 Mitglieder in den Gemeinden der Rhön und des Vogelsberges auf. <sup>54</sup> Für die Schlagkraft dieser Interessenorganisation der katholischen Landwirte am Ende der Weimarer Republik sprach, daß sie bei den Landwirtschaftskammerwahlen vom 9. November 1931 die überwältigende Mehrheit der Stimmen erhielten. Die nationalsozialistische Liste konnte nur an wenigen Orten Stimmen erringen: in Jossa sieben (Kurhessischer Bauernverein: 759), in Großenlüder drei (gegen 103), in Haimbach zwei (gegen 25) und in Horas zwei (gegen 34). <sup>55</sup>

### 5. Kreisverwaltung und Kommunalpolitik

Die Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung beeinflusste die Verwaltungsgliederung der Region nachhaltig. Mit der Explosion der städtischen Einwohnerzahlen entstand eine Vielzahl von Problemen, die eine eigenständige Verwaltung erforderten. Gleichzeitig zeigten diese Verwaltungsumgliederungen jedoch immer auf's Neue die Stärke der lokalen Traditionen, die sich entschieden dagegen wehrten, eingegliedert zu werden. Nach 1919 bestanden Pläne im preußischen Innenministerium, die osthessische Region einheitlich in einem Kreis zu verwalten. Diese Pläne wurden jedoch sehr bald wieder fallen gelassen. Besonders im Landkreis Gersfeld regte sich starker Widerstand gegen eine Zusammenlegung mit Fulda. Das „Gersfelder Kreisblatt“ verwies auf die starken lokalen Bindungen und betonte die Vorteile einer kleingliedrigen Verwaltung.

49. Vgl. FZ, 2.8.1920.

50. Vgl. die Resolution der Zentrumsparterie im Kreis Fulda zu den sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Angriffen in: FZ, 11.10.1920.

51. BB, 14.11.1920.

52. Vgl. FZ, 17.3.1925.

53. So betragen die Mitgliedsbeiträge für 1928 ganze 20.803 Reichsmark, was einer Zunahme von 17,3 % gegenüber dem Vorjahr entsprach. Vgl. Bauernstimme 6 (1929), 25.

54. Vgl. FZ, 1.4.1931.

55. Vgl. FZ, 10.11.1931.

"Mag auch die Stadt Fulda einen eigenen Stadtkreis bilden, der Landkreis Fulda ist dann immer noch umfangreich genug, ohne daß man ihm den Kreis Gersfeld und einen Teil des Kreises Hünfeld zuteilt." Das Kreisblatt schreckte nicht vor einem Vergleich mit der Annexion ganzer Provinzen zurück. Für die Kreisbewohner Gersfelds, "die einfach einem Nachbarkreis zugeschmissen werden soll(ten)", sei dies in hohem Maße empörend. "Ganz besonders wäre dies der Fall bei den Gebirgsbewohnern unseres ehemals bayrischen Kreises Gersfeld mit ihrer durch Eigenart, Lage, Klima, wirtschaftliche Verhältnisse u. dgl. bedingten Verschiedenheit von denen des Fuldaerlandes."<sup>56</sup>

Die spätere Auskreisung Fuldas aus dem Landkreis, die zum 1. April 1927 in Kraft trat, war lange erwartet worden. Die Stadt Fulda bildete fortan wie Kassel und Hanau einen eigenen Stadtkreis, da sie über mehrere Jahre hinweg über 25.000 Einwohner aufgewiesen hatte. Die Auskreisung sollte der Stadt die Möglichkeit geben, die gestiegenen Probleme eigenständig zu lösen, um sich so besser fortentwickeln zu können. Aufgaben auf dem Gebiet des Verkehrswesens sowie der Ausgestaltung des wachsenden Eisenbahn- und Postwesens verbanden die Stadt und das Fuldaer Land jedoch weiterhin.<sup>57</sup>

Die vom preußischen Staatsministerium am 1. August 1932 erlassene Verordnung über die Neugliederung von Landkreisen ließ sich von Gesichtspunkt der Verwaltungsvereinfachung leiten, die während der Weltwirtschaftskrise für die staatliche Verwaltung immer größere Bedeutung gewann. Zum 1. Oktober 1932 wurden Fulda-Land und der Altkreis Gersfeld zu einem neuen Landkreis Fulda vereinigt.<sup>58</sup> Der neue Landkreis Fulda hatte mit rund 70.000 Bewohnern fast so viele Einwohner wie der frühere Landkreis Fulda vor der Auskreisung der Stadt Fulda. Indessen erreichte er nicht dessen steuerliche Leistungsfähigkeit. Ähnlich den Protesten gegen eine Zusammenlegung mit Fulda rief diese Reform den Protest vor Ort hervor. In einer wirkungslosen Protestentschließung vom 30. August 1932 wandten

sich der Kreistag und der Kreisausschuß des Kreises Gersfeld gegen die Auflösung. Der Kreistag schloß sich einstimmig den Erklärungen an, die der Kreisdeputierte, Bürgermeister Seifert, bei seinen Besprechungen mit den zuständigen Verwaltungsstellen in Kassel abgegeben hatte.<sup>59</sup> Nur widerstrebend stellten der Kreistag und der Kreisausschuß des Altkreises Gersfeld im Herbst 1932 ihre Arbeit ein.

Die Landräte der osthessischen Kreise Fulda, Gersfeld und Hünfeld bestimmten im Zusammenwirken mit den Kreistagen die politische Alltagsarbeit. Sie wurden in der Weimarer Republik anders als im Kaiserreich von den Kreistagen gewählt. Bis 1918 waren sie von der Berliner Regierung als Vertreter der preußischen Staatsregierung entsandt worden. Die Landräte der ersten Weimarer Jahre waren zumeist schon lange vor 1914 in ihren Aufgaben tätig gewesen und verkörperten Kontinuitätslinien mit dem Kaiserreich. So amtierte der aus hessischem Uradel stammende Karl Freiherr von Dörnberg als Fuldaer Landrat von 1913 bis 1921, nachdem er zuvor von seit 1900 den Kreis Gersfeld verwaltet hatte. 1921 legte er sein Amt "wegen Umgestaltung des Staatswesens" im Dissens nieder. Seine konservative Grundeinstellung stellte er noch 1924 unter Beweis, als er bei den Reichstagswahlen im Mai verschiedene Gersfelder Dörfer bereiste, um für die DNVP Stimmen zu sammeln.<sup>60</sup> Sein Nachfolger war der Zentrumspolitiker Heinrich Freiherr von Gagern. Der im Ersten Weltkrieg schwer verletzte Gagern wurde 1921 reaktiviert und leitete den Altkreis Fulda sowie ab 1932 den neuen Kreis Fulda bis zu seiner Abberufung aus politischen Gründen am 20. Mai 1933.

Ähnlich lagen die Dinge in Gersfeld. Nachfolger Brunos von Waldthausen, der im Ersten Weltkrieg Landrat in Gersfeld war, wurde Heinrich Wichens, der die Kreisverwaltung bis zu ihrer Zusammenlegung mit Fulda 1932 leitete. Wichens war wie von Gagern Zentrumspolitiker und 1919 als Stadtverordneter in der Hanauer Stadtverordnetenversammlung tätig gewesen. Im Unterschied zum Kaiserreich gelang es dem Zentrum in der Weimarer Repu-

56. Zit. in: FZ, 9.8.1919.

57. Vgl. hierzu Berge, Kreisfreiheit, sowie FZ, 5.4.1927 (Besuch des Regierungspräsidenten Friedensburg in Fulda).

58. Diese Verwaltungsreform schuf durch Zusammenlegung vier neue Kreise im Regierungsbezirk Kassel. Aus Fulda und Gersfeld wurde der Landkreis Fulda, aus Fritzlar und Homberg wurde der neue Kreis Fritzlar-Homberg, aus dem Altkreis Kassel-Land und Wolfhagen wurde der Landkreis Kassel und aus Marburg und Kirchhain der neue Landkreis Marburg. Vgl. FZ, 5.8.1932.

59. Vgl. FZ, 2.9.1932.

60. Vgl. Klein, Leitende Beamte, 113.

blik, Landräte aus der Zentrumsparlei zu installieren, was sich von der preußischen Verwaltungspraxis vor 1918 unterschied. Der erweiterte Handlungsspielraum der Zentrumsparlei in der Kommunalpolitik trug zur Eingewöhnung in die Republik bei. Dies galt im Prinzip auch für den Kreis Hünfeld, der von 1918 bis 1935 von dem Zentrumsanhänger Walter Ludwig als Landrat verwaltet wurde.<sup>61</sup>

**Tabelle 0**  
**Die Zentrumsfraktionen in den Kreistagen der Landkreise Fulda, Gersfeld und Hünfeld 1919 - 1933**

	Kreis Fulda		Gersfeld		Hünfeld	
	Zentrum	Alle	Zentrum	Alle	Zentrum	Alle
1919	19	26	14	20	15	20
1921	19	25	12	20	11	20
1925	23	27	12	20	13	20
1929	20	24	11	20	12	20
1933	16	26		10		20

Quelle: Klein, Der Regierungsbezirk Kassel, Bd. 2, 861, 876.

In der Kommunalpolitik des Landkreises Fulda behauptete die Zentrumsparlei auch in der Weimarer Republik ihre führende Stellung. Das Zentrum gewann bei allen Kommunalwahlen in den Kreisen Fulda, Gersfeld und Hünfeld während der Weimarer Republik die Mehrheit und bildete die entscheidende Kraft (vgl. Tabelle 2). Neben dem Zentrum behaupteten sich im Kreis Fulda nur die Sozialdemokraten mit zwei bis drei Mandaten, im Kreis Gersfeld DNVP, Deutsche Volkspartei (DVP) und MSPD und in Hünfeld DNVP sowie kleinere lokale Listen.

In den Zentrumsfraktionen im Kreis Fulda dominierten wie auch in den anderen Kreisen Vertreter der Landwirtschaft. Auch die Interessen vieler Kleingewerbetreibender und Arbeiter berührten sich durch ihren nebenerwerbliche Landwirtschaft eng mit denen der Landwirtschaft. Fünf Bürgermeister stellten so den Kern der 20köpfigen Zentrumsfraktion im Kreistag Fulda von 1919. Neben den Bürgermeistern, die im Hauptberuf zumeist als Landwirte arbeiteten, waren die Neuhöfer Bergarbeiterschaft und die Fuldaer Industriearbeiterschaft regelmäßig in der Zentrumsfraktion auf Kreisebene repräsentiert.

1921 wies die 19köpfige Zentrumsfraktion im Kreistag acht Landwirte, sechs Selbständige und Gewerbetreibende sowie zwei Arbeiter auf. Nach dem Ausscheiden der Stadt Fulda aus dem Kreisverband im Jahre 1927 verringerte sich die Zahl der gewerblichen Zentrumskreistagsabgeordneten deutlich.

Das Zentrum hatte - wie die anderen Parteien der Weimarer Zeit auch - mit dem Vordringen sozialer Interessengegensätze in den eigenen Reihen zu kämpfen. Alle sozialen Gruppen beharrten zunehmend darauf, an prominenter Stelle auf den Zentrumslisten für die Kreistags- und Gemeinderatswahlen vertreten zu sein. Nachdem das Zentrum in der Stadt Fulda 1924 die absolute Mehrheit verloren hatte, traten bei den Kreistagswahlen 1927 gleich vier Listen, deren Klientel allesamt aus dem Milieukatholizismus stammte, gegen die Zentrumsparlei an. Der ehemalige Zentrumsabgeordnete im Kreistag, Landwirt Vogel aus Zirkenbach, errang mit einer eigenen Liste zehn Prozent der Stimmen und zwei Mandate. Neben ihm war noch die aus Zentrumskreisen stammende „Liste der Arbeiterschaft“ mit 11,8 Prozent über Erwarten erfolgreich. In ihrer Wahlbetrachtung kam die Fuldaer Zeitung zu dem Schluß, daß man „in diesen Stimmen des Zentrums und der aus dem Zentrumslager stammenden Splitterlisten [...] den starken Kern des kommunalpolitischen Lebens des neuen Fuldaer Landkreises erblicken“ kann.<sup>62</sup> Die Fuldaer Zeitung zählte ganz selbstverständlich die neuen Listen wegen ihrer Herkunft zum politischen Katholizismus. Dennoch war der politische Alleinvertragsanspruch der Zentrumsparlei in kommunalen Angelegenheiten fragwürdig geworden.

Kommunalpolitische Interessengegensätze in Stadt und Land drängten immer häufiger aus der Zentrumsparlei hinaus, ohne daß die Katholizität der Beteiligten in Zweifel gezogen werden konnte. Diese für das Zentrum schmerzliche Erfahrung beunruhigte die Parteiführung. In einer Entschließung verurteilten die Vertrauensmänner der Fuldaer Zentrumsparlei alle Bestrebungen, „die die Einheit und Geschlossenheit der Partei zu gefährden geeignet sind.“ Die Zentrumsresolution mahnte alle Parteiinstanzen zu Disziplin und Rücksichtnahme. „Das hohe Ziel, aus vaterländischen, kulturellen und sozialen Gesichtspunkten eine geschlossene starke Partei der christlichen Mitte zu erhalten, verlangt

61. Vgl. Klein, Leitende Beamte, 167; Weber, Geschichte des Kreises Hünfeld, 248.

62. Vgl. FZ, 15.6.1927.

von allen in der Partei Disziplin und Rücksichtnahme auf alle in der Partei seit Jahrzehnten zusammengefaßten Kreise unseres Volkes.<sup>63</sup> Parteiverantwortliche wie der Generalsekretär Dr. Neubauer und ihr Ehrenvorsitzender Richard Müller verurteilten das Überhandnehmen der Standesinteressen unter den Katholiken Osthessens und die Sonderlisten. Rettung sah Richard Müller nur in den „großen und verantwortungsvollen Zielforderungen des weltanschaulich und sittlich fundierten Zentrumsprogramms“.<sup>64</sup>

Die Zusammensetzung des Kreis Ausschusses wich von der sozialen Zusammensetzung der Fraktion indessen bezeichnenderweise ab. Hier dominierten eher die älteren Honoratioren und Zentrumsbürgermeister. 1921 wurden in den Kreis Ausschuß gewählt: Kaufmann Karl Arnd - Fulda, Bürgermeister Vieth - Langenbieber, Gutsbesitzer Bispinck - Trätzhof, Bürgermeister Knobloch - Jossa, Arbeiter Hillenbrand - Pilgerzell und Landwirt Johann Helfferich - Dirlos.<sup>65</sup> Für die politische Alltagsarbeit waren die im Kreistag zahlreich vertretenen Zentrumsbürgermeister wichtig. Ihre Einbindung in die überörtliche Verantwortung beugte der lokalen Radikalisierung vor und sorgte für den Informationsfluß zwischen der Gemeindeebene und der Kreisebene. Die zahlreichen Bürgermeister des Zentrums verkörperten den weiterhin vorwiegenden Stil der Honoratiorenpolitik, der aus dem Kaiserreich stammte. Die Aufgaben von Kreistag und Kreis Ausschuß bestanden im wesentlichen aus Infrastrukturmaßnahmen und kommunaler Daseinsfürsorge. Die Reichsgesetzgebung überließ den Kommunen den kostenintensiven Bereich der Sozialfürsorge, stattete sie hierfür nach der Reichsfinanzreform von 1919 jedoch nicht mit genügend Finanzmittel aus. Hieraus resultierte der auch im Fuldaer Land während der Weimarer Republik immer wieder zu vernehmende Ruf nach mehr öffentlichen Geldern. In der Weltwirtschaftskrise fiel den Kreisen und den

Kommunen die Durchführung von öffentlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Meliorationsarbeiten etwa beim Straßen- und Wegebau oder der Trockenlegung von Mooren zu.<sup>66</sup> Die kommunale Selbstverwaltung wurde so in der späten Weimarer Republik immer mehr finanziell ausgehöhlt, bis sie schließlich nurmehr für die kostspielige Sozialfürsorge zuständig war.

## 6. Die Revolution 1918/19 und die politischen Wahlen in der Weimarer Republik

Der Erste Weltkrieg hatte den Gegensatz zwischen Stadt und Land durch die Lebensmittelzwangswirtschaft, das heißt die Pflicht zur Ablieferung von Nahrungsmitteln für die ländliche Bevölkerung, verschärft. Das alltägliche Leben in Stadt und Land veränderte sich durch die Anordnungen der staatlichen Behörden zur Lebensmittelversorgung. „Die Erregung insbesondere unter der Arbeiterschaft hat infolge der Herabsetzung der wöchentlichen Fett ration noch zugenommen. Geradezu Erbitterung hat die auf Anordnung der Reichsgetreidestelle erfolgte Schließung von Mühlen wegen Verfehlungen hervorgerufen. Die Bevölkerung kommt durch diese Maßregeln häufig in die Lage, ihr notwendigstes Getreide nicht mehr mahlen lassen zu können.“<sup>67</sup> Das Kriegsende brachte daher nicht nur die ersehnte Heimkehr der Soldaten, sondern vor allem das allmähliche Ende der Zwangswirtschaft mit ihrer Regulierung von Produktion und Ablieferung.

Die Novemberrevolution 1918/19 brachte eine Veränderung der politischen Ordnung, weniger der politisch dominierenden Kräfte in den Landkreisen Fulda, Gersfeld und Hünfeld. Nach dem Arbeiter- und Soldatenrat in Fulda wurde laut Meldung der Fuldaer Zeitung vom 16. Dezember 1918 ein Bauernrat gebildet, der einen Vollzugausschuß und Kommissionen einsetzte.<sup>68</sup> Dem wichtigeren Vollzugaus-

63. FZ, 18.9.1925.

64. Vgl. den Bericht die Kreistagung der Fuldaer Zentrumspar tei in: FZ, 14.2.1925. Die Stellungnahme des Generalsekretärs Dr. Neubauer zu den Ereignissen des Berliner Zentrumspar teitages in: FZ, 26.1.1926. Nicht zufällig erreichte die Diskussion um die Ständekandidaturen und das verbindend Katholische im Umfeld der Reichspräsidentenwahlen 1925 seinen vorläufigen Höhepunkt, als das Zentrum seinen Kandidaten Wilhelm Marx aufgrund der fehlenden Unterstützung durch die katholische Bayrische Volkspartei (BVP) nicht durchbringen konnte. Die BVP hatte sich für den Gegenkandidaten Hindenburg ausgesprochen.

65. FZ, 19.3.1921.

66. Vgl. auch FZ, 10.11.1929 (Heinrich Frhr. von Gagern, Christliche Kommunalpolitik im Landkreis).

67. Stimmungsbericht des Fuldaer Landrats an den Regierungspräsidenten in Kassel vom 18.10.1918 in: HStAM Best. 165 Nr. 1235, Bd. V, Bl.21.

68. Vgl. Berge, Arbeiter- und Soldatenrat. Das Büro des Bauernrates befand sich in Fulda im Gasthaus "Zum Halben Mond".

schuß gehörten vor allem Landwirte und ein Vertreter der Arbeiterschaft an: Bürgermeister Vieth (Langenbieber), Landwirt Joseph Vogel (Zirkenbach), Landwirt Konrad Breitenbach (Großenlüder), Arbeitersekretär Anton Röder (Horas) und Landwirt Johann Schmitt (Lüdermünd).

Der Bauernrat arbeitete eng mit den kommunalen Behörden zusammen. Sowohl der Vollzugsausschuß als auch die Kommissionen übernahmen Aufgaben der kommunalen Daseinsfürsorge im Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft. Hierzu gehörten in erster Linie Probleme der Nahrungsverteilung und der auslaufenden Zwangswirtschaft. Die Verteilung wie auch die Abgabe von Lebensmitteln durch die ländlichen Betriebe zugunsten der städtischen Bevölkerung mußte geregelt werden. So forderte der Bauernrat wiederholt dazu auf, das Abgabesoll der abzuliefernden Mengen an Lebensmitteln zu erfüllen. Im Hintergrund dieser Forderung stand die bedrückte Lage der städtischen Bevölkerung. Das Kriegsende brachte hier keine sofortige Abhilfe. Bis weit danach widmete sich der Bauernrat der Bekämpfung des Schleichhandels.

Auf der anderen Seite vertrat der Bauernrat nicht nur die übergeordneten Interessen der Stadtbewohner. Er nahm Landwirte in Schutz, wenn sie verdächtigt wurden, landwirtschaftliche Produkte zu horten und nicht abzuliefern. Der Bauernrat drängte im Interesse der Landwirte darauf, daß die Arbeitskräfte, die während des Krieges in die Stadt abgewandert waren, zurückkehrten. Sie verwiesen auf den chronischen Mangel an Arbeitskräften auf dem Land. Daneben kontrollierte er die Verteilung des Saatgutes, der Düngemittel und des Kraftstoffes für landwirtschaftliche Maschinen.

Das Jahr 1919 bedeutete für die Bevölkerung Ost Hessens einen nie gekannten Wahlmarathon. Am 19. Januar wurde die Verfassungsgebende Nationalversammlung gewählt, am 26. Januar die preußische Landesversammlung, die die preußische Verfassung ausarbeitete. Am 2. März fanden die Kommunalwahlen statt, und am 4. Mai wurde der Kreistag neu gewählt. Alle Wahlen fanden unter dem neuen Wahlrecht statt. Die Novemberrevolution hatte das allgemeine gleiche Wahlrecht auf Frauen ausgedehnt und das Wahlalter gesenkt. In Preußen und in den Kommunen wurde das

Dreiklassenwahlrecht beziehungsweise das besitz- und steuerabhängige Wahlrecht abgeschafft. Die Einführung des Frauenwahlrechts bedeutete eine Verdoppelung der Zahl der Wahlberechtigten. Das Fuldaer Zentrum als das Organ der Zentrumsparterie richtete einen speziellen Aufruf „Auf zur Damenwahl“ an die Wählerinnen.<sup>69</sup>

Politisch wandte sich die katholische Zentrumsparterie im Wahlkampf in erster Linie gegen die Kirchen- und Schulgesetzgebung des preußischen Kultusministers Adolph Hoffmann.<sup>70</sup> Hoffmann hatte mit der alten politischen Forderung nach der Trennung von Staat und Kirche Ernst gemacht und Hand an die geistliche Schulaufsicht gelegt. Eigentlich hatte man befürchtet, daß die Mehrheitssozialdemokraten die Wahlen deutlich gewinnen würden und dem Zentrum eine Niederlage bereiten würden. Dem Zentrum fiel es jedoch durch die Politik Adolph Hoffmanns leicht, eine neuerliche Kulturkampfstimmung im katholischen Volksteil zu erzeugen. So wurde der sogenannte „Zehn-Gebote-Hoffmann“ wider Willen zum Retter des Zentrums, dem er einen willkommenen Anlaß zur Profilierung im Wahlkampf bot. Die Zentrumsparterie wies im Reich, in Preußen und in den Kommunen darauf hin, daß nur sie die überkommene Sonderstellung der katholischen Schulen sichere.

Die Empörung der Zentrumspolitiker und der kirchlichen Würdenträger richtete sich neben der allgemeinen Absicht, eine Trennung von Staat und Kirche durchzusetzen, in besonders heftiger Weise gegen die Auflösung der geistlichen Schulaufsicht.<sup>71</sup> Im Wahlkampf stand dieses Thema oben an. Das Zentrum ergriff alle massenwirksamen Maßnahmen, um die katholische Bevölkerung gegen die Kirchenpolitik der preußischen Regierung zu mobilisieren. Dazu gehörten Massenversammlungen und ein Hirtenwort des Fuldaer Bischofs. Dieser appellierte wenige Tage vor der Wahl zur Nationalversammlung in drastischen Worten an die Gewissen der katholischen Wähler. *„Welche Vorwürfe müßtet Ihr Euch Euer ganzes Leben und noch in der Todesstunde machen, wenn Ihr durch Unterlassung oder durch verkehrte Betätigung Euch zu Mitschuldigen machen würdet an einem unglücklichen Ausgang der Wahl! Es wird sich entscheiden, ob im zukünftigen Deutschland*

69. Vgl. FZ, 14.1.1919.

70. Vgl. hierzu ausführlich Weichlein, Sozialmilieus.

71. Vgl. FZ, 6.12.1918 (Erklärung des katholischen Lehrerverbandes), 4.1.1919 (Kaufmann, Wie sollen wir uns gegenüber den Kulturkämpferlassen Adolf Hoffmanns verhalten), 14.1.1919 (Auf der Suche nach den Sündenböcken).



*und Preußen die Religion als das stärkste Fundament der staatlichen Autorität und des öffentlichen Lebens anerkannt und geachtet, oder ob Gott und seine heiligen Rechte daraus verbannt und ausgeschaltet werden sollen. ... An dem 19. und 26. Januar werdet Ihr Eure Rechte als Staatsbürger ausüben frei von jedem äußeren Zwang, aber nicht frei von den Forderungen Gottes und Eures Gewissens.*<sup>72</sup> Derlei Wahlkampf zeigte seine Wirkung. Die Wahlbeteiligung stieg in kaum gekannte Höhen von etwa 90 Prozent an. Dies galt nicht nur für die Stadt Fulda, sondern auch für die Landgemeinden, wo durchweg fast alle Wahlberechtigten zur Wahl gingen. Legt man die Zahl der Wahlberechtigten von 1920 zugrunde, so gingen am 19. Januar im Landkreis Fulda, 89,1 Prozent, im Kreis Gersfeld 80,8 Prozent und im Kreis Hünfeld 84,3 Prozent der Wahlberechtigten zur Wahl.

Die Fuldaer und Rhöner Wähler bekundeten ihren Willen zur Kontinuität in allen politischen Wahlen des Jahres 1919. Die Wahlen zur Nationalversammlung, zur Preußischen Landesversammlung und zu den Kommunalparlamenten bestätigten den politischen Katholizismus in seiner führenden Rolle zu Beginn der Weimarer Republik. Zu 83,3 Prozent wählten die 22.167 Wähler in den Fuldaer Landgemeinden am 19. Januar 1919 die Zentrumspartei in die Nationalversammlung. Nahezu einstimmig wurde die Zentrumspartei 1919 in den agrarisch geprägten Dörfern mit unter 500 Einwohnern gewählt, was nicht zuletzt auf die Möglichkeit sozialer Kontrolle beim Wahlvorgang zurückzuführen sein dürfte.<sup>73</sup> In den Gemeinden mit 500 bis 1.000 Einwohnern konnte sich keine Partei neben dem Zentrum mit nennenswerten Stimmzahlen behaupten. Lediglich in Gemeinden über 1.000 Einwohnern gelangen der MSPD Erfolge. Im Landkreis Hünfeld kam die Zentrumspartei bei den Nationalversammlungen auf mehr als zwei Drittel der abgegebenen Stimmen, in den katholischen Gemeinden - hierin ähnlich den Fuldaer und Gersfelder Ergebnissen - sogar auf fast einstimmige Ergebnisse. So wählten etwa 164 von 165 Wahlberechtigten in Gotthards (Kreis Hünfeld) die Zentrumspartei. In Reulbach (Kreis Gersfeld) waren es 207 von 219

Wahlberechtigten, in Büchenberg (Kreis Fulda) 309 von 326.<sup>74</sup>

Unter den bürgerlichen Parteien konnte lediglich die Deutsche Demokratische Partei (DDP) bei den Nationalversammlungen 1919 in Fulda sowie den evangelischen Rhönstädten Gersfeld und Tann nennenswerte Ergebnisse erzielen. Sie vereinigte vor allem protestantische und jüdische Stimmen auf sich.<sup>75</sup> In den größeren Gemeinden sprach die sozialdemokratische Agitation die nicht in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung an. Die Mehrheitssozialdemokratie (MSPD) erreichte hier teilweise zweistellige Ergebnisse. So erzielte sie in Künzell 29,1 Prozent (Zentrum 64,7 Prozent). In den acht Gemeinden mit niedrigem Anteil agrarischer Bevölkerung (unter 20 Prozent) erreichte das Zentrum 66,7 Prozent, die Mehrheitssozialdemokraten hingegen 21,8 Prozent der abgegebenen Stimmen. Das MSPD-Ergebnis in diesen Gemeinden lag damit um zehn Prozent über ihrem Ergebnis in allen Landgemeinden des Landkreises Fulda. In Ellers, einem Teil der späteren Gemeinde Neuhof, die vom Kaliabbau lebte, verfehlte das Zentrum mit 43,4 Prozent sogar die absolute Mehrheit.

0 Quelle: FZ; Klein, Die Hessen als Reichstagswähler, Bd. 2, 147ff.

Im Landkreis Fulda ging mit sinkendem landwirtschaftlichem Bevölkerungsanteil und steigender Einwohnerzahl der Zentrumsanteil von über 90 Prozent auf etwa 70 Prozent zurück. Das Zentrum hatte seinen stärksten Rückhalt in den agrarischen Landgemeinden. Hier lag auch sein politischer Schwerpunkt. Der relativ hohe Arbeiteranteil in den industrienahen Landgemeinden begünstigte eher die MSPD, die hier in einen Wettbewerb zum Zentrum trat. In den Fuldaer Landgemeinden mit mehr als 70 Prozent landwirtschaftlicher Bevölkerung übertraf das Zentrum dagegen die 90-Prozent-Marke.<sup>76</sup> Das Zentrum wurde in allen Ortsgrößenklassen die mit weitem Abstand stärkste Partei. Diese politische Überbrückung des Stadt-Land-Gegensatzes war eine wichtige Voraussetzung für die Weiterexistenz des katholischen Milieus in der Weimarer Republik.

72. Hirtenwort des Fuldaer Bischofs an seine Diözesanen in: FZ, 13.1.1919.

73. Bei den Nationalversammlungen 1919 erreichte das Zentrum in den Kleindörfern unter 500 Einwohnern sein bestes Ergebnis im Landkreis Hünfeld mit 94,4 % der abgegebenen Stimmen.

74. Klein, Reichstagswähler, Bd. 2, 148, 272, 607.

75. Die DDP wurde mit 34,3 % stärkste Partei in den beiden evangelischen Städten Gersfeld und Tann.

76. Damit entsprachen die Fuldaer Ergebnisse denen in den katholischen Gemeinden der Landkreise Kirchhain (Zentrum: 92,8 %) und Schlüchtern (80,8 %).

Tabelle 0:

Das Zentrum, die MSPD und die USPD in den politischen Wahlen 1919 bis 1921 in den katholischen Gemeinden der Landkreise Fulda und Gersfeld nach Ortsgrößenklassen

Katholische Landgemeinden	Zentrum			
	MSPD	USPD	20RT	21LT
Landkreise Fulda:	19NV	20RT	21LT	19NV
Landkreise Gersfeld:	20RT	21LT	19NV	20RT

Landkreis Fulda:	84,5	80,4	83,6	10,9
unter 500 Einw.	2,7	10,9		
500 bis 1.000 Einw.	92,1	89,5	91,2	6,1
über 1.000 Einw.	2,0	6,7		
Landkreis Gersfeld:	87,9	85,6	82,6	9,4
unter 500 Einw.	2,7	9,7		
500 bis 1.000 Einw.	72,6	65,2	75,1	17,9
über 1.000 Einw.	3,5	16,6		

Quelle: Fuldaer Zeitung; Klein, Die Hessen als Reichstagswähler, Bd. 2, 147ff, 271ff.

Bis zu den Dezemberwahlen 1924 blieb die Zentrumsparterie in den katholischen Gemeinden konstant hoch auf etwa dem Niveau von 1919. Die Stimmenverteilung nach den verschiedenen Ortsgrößenklassen in den Landkreisen Fulda, Gersfeld und Hünfeld zeigt, daß insgesamt während der Weimarer Jahre die Kleindörfer mit unter 500 Einwohner die höchste Zentrumstreue aufwiesen. Sie bewegte sich bis 1924 zwischen etwa 85 und 90 Prozent, was einem fast einstimmigen Votum gleichkam. Ihnen folgten die Gemeinden mit 500 bis 1.000 Einwohnern, die fast ähnlich hohe Stimmanteile für das Zentrum aufwiesen. In den größeren Gemeinden mit über 1.000 Einwohnern lag der Zentrumsanteil durchweg niedriger: zwischen 70 und 75 Prozent. Hier verzeichnete das Zentrum auch die größten Stimmeneinbrüche zwischen 1924 und 1928 (vgl. Abbildung 6). In den größeren Fuldaer Landgemeinden sank der Zentrumsanteil an den abgegebenen Stimmen zwischen 1924 und 1928 von 75 Prozent auf rund 57 Prozent, in Gersfeld von über 85

Prozent auf unter 80 Prozent. Dieser Rückgang wurde nur noch übertroffen in den Gersfelder Gemeinden zwischen 500 und 1.000 Einwohner, wo das Zentrum etwa 25 Prozent seines Stimmanteiles vom Dezember 1924 verlor (vgl. Abbildung 7). Ähnlich lagen die Dinge in den katholischen Gemeinden Hünfelds. Hier erlitt das Zentrum zwischen 1928 und 1930 ebenfalls erhebliche Einbußen.

1928 wählten in den Fuldaer Landgemeinden 16.110 Wähler das Zentrum, das damit seinen niedrigsten Stand in der Weimarer Zeit erreichte. Die Zentrumsparterie konnte jedoch ihren allmählichen Niedergang unter dem Vorzeichen des Kampfes gegen die NSDAP stoppen. Bei den Septemberwahlen 1930 hatte sich die Lage für die Partei mit 16.424 Stimmen schon wieder leicht gebessert. Ihr prozentualer Stimmrückgang resultierte lediglich vom größeren Anstieg der Wahlbereiligung. Die weiteren Stimmengewinne der Zentrumsparterie stammten weniger aus dem zerfallenden bürgerlichen Lager, sondern von der 1930 noch erfolgreichen Liste des utopischen Sozialisten Balthasar Mihm. Die preußischen Landtagswahlen vom April 1932 sahen das Fuldaer Zentrum gestärkt. Mit einem Zugewinn von fast 2.500 Stimmen schaffte sie bei 18.916 Wählern wieder drei Viertel (75, 4 Prozent) der abgegebenen Stimmen. Ihr bestes Ergebnis vor 1933 erreichte die Zentrumsparterie im Juli 1932, als bei den Reichstagswahlen 19.170 Wähler in den Fuldaer Landgemeinden für sie stimmten. Selbst bei den letzten nurmehr halbwegs freien Wahlen vom 5. März 1933 kam die Zentrumsparterie in Fulda-Land noch auf 18.149 Stimmen und einen Stimmanteil von 69 Prozent. Im neuen Kreis Fulda, der aus dem Altkreis Fulda und Gersfeld bestand, kam das Zentrum 1933 sogar auf 60 Prozent.<sup>77</sup>

Ähnlich verhielt sich die Zentrumstreue der Gersfelder katholischen Landgemeinden. Hier konnte das Zentrum seine triumphalen Ergebnisse vom Februar 1921 (6.044 Stimmen) oder vom Dezember 1924 (5.936 Stimmen) zwar nicht mehr erreichen. Die Zahl der Zentrumsstimmen nahm aber auch hier nach 1928 wieder zu. Hier schnitt sie während der politischen und wirtschaftlichen Krise der letzten Weimarer Jahre im Juli 1932 am besten ab und erreichte 5.629 Stimmen, was einem Anteil von 80,2 Prozent entsprach. Im März 1933 erreichte das Zentrum unter den Katholiken des ehemaligen Kreises Gersfeld noch 69,8 Prozent. Die absoluten Zentrumshochburgen im

77. Vgl. Schönekas; FZ, 5.5.1932; 11.5.1932; 10.11.1932.

Kreis Gersfeld mit über 90 Prozent Stimmanteil lagen im Juli 1932 in Dietges, Altenhof, Dörm-bach/Milseburg, Thaiden, Brand, Lahrbach, Rodholz und Steinwand. Diesen reinen Zen-trumsgemeinden entsprachen in Fulda-Land die Orte Wisselsrod und Zillbach, wo alle Wäh-ler für das Zentrum stimmten. Auch in Allmus, Wiesen, Lüdermünd, Rönshausen und Trais-bach gaben über 95 Prozent der Wähler im Juli 1932 ihre Stimme für das Zentrum ab.

### 7. Organisation und politisches Personal der Zentrums-partei in der Weimarer Re-publik

0 Quelle: FZ; Klein, Die Hessen als Reichstags-wähler, Bd. 2, 271ff.

Die Zentrums-partei wies während der Weima-erer Republik eine chronische Organisations-schwäche auf. Die traf auch auf den Fuldaer Raum zu. Sie war eine Wähler- und keine Mit-gliederpartei. Dennoch hatte die Partei es zu Beginn der Republik unternommen - durch die veränderten Bedingungen herausgefordert -, von einer Wählerpartei zu einer Mitgliederpar-tei zu werden. Der Bestellung eines eigenen hauptamtlichen Funktionärs für den Regie-rungsbezirk Kassel, des Parteisekretärs Neuge-bauer in Fulda, folgte eine umfangreiche Mitgliederwerbung. Diese zeigte auch bald Er-folge: 1920 zählte die Zentrums-partei im Kreis Fulda 11.986, 1921 sogar 13.553 Mitglieder. Zur gleichen Zeit betrug die Zahl der Zentrums-wähler 23.790 (Reichstagswahl 1920) beziehungsweise 24.769 (Landtagswahl 1921). Im Ergebnis konnte der politische Katholizismus 1921 also 54,7 Prozent seiner Wähler im Kreis Fulda parteimäßig organisieren. Dies bedeu-ete eine immens hohe Mitglieder-mobilisierung, die bei weitem über den vergleichbaren sozial-demokratischen Werten für Kassel lag. Die Or-ganisationsquote des Zentrums im Kreis Gersfeld erreichte 47,6 Prozent und im Kreis Hünfeld sogar 65,9 Prozent, das heißt zwei Drittel aller Zentrumswähler des Hünfelder Landes waren Mitglieder in der Zentrumspar-tei.<sup>78</sup>

Diese immens hohen Mitgliedszahlen kamen

jedoch sehr oft dadurch zustande, daß der Ortsgeistliche die versammelten Kirchgänger im Anschluß an den Sonntagsgottesdienst zum Eintritt in die Zentrums-partei nötigte. Der Par-teieintritt blieb ein isoliertes Zeichen, dem kei-nerlei weitere Aktivität folgte.<sup>79</sup> Nachdem das Fuldaer Zentrumsbüro inflationsbedingt ge-schlossen worden war, versank die Zentrums-organisation in die gewohnte Lethargie. Dennoch verdeutlichen diese Zahlen die Fä-higkeit des Zentrums zur momentanen Mobili-sierung. Verlässliche organisatorische Stütze für die Zentrums-partei blieben bis 1933 eine Vielzahl von vorkonstitutiven Vereinen und Ver-bänden wie etwa die Christlichen Gewerk-schaften, die Katholischen Arbeitervereine, der Christliche Bauernverein, der allerdings im Niedergang begriffene Volksverein für das ka-tholische Deutschland und viele andere mehr. Daneben entfaltete die Partei mit eigenen Aus-schüssen für die Arbeiterschaft, die Landwirt-schaft und den Mittelstand eine umfangreiche Organisationsbemühung, die die sozialen Gruppen in der Partei vertreten sollte.<sup>80</sup>

Das politische Personal der Zentrums-partei überstand die Revolution 1918/19 im wesentli-chen ohne Veränderungen. Im Januar 1919 wurden die Vorkriegsparlamentarier Richard Müller für die Nationalversammlung und And-reas Rhiel sowie August Drinnenberg für die preußische Landesversammlung wiederge-wählt. Müller war Abgeordneter seit 1893 und hatte die Zentrums-politik in Finanz- und Steu-ersachen maßgeblich mitbestimmt. Außerdem war er an der Ausarbeitung der Friedensresolu-tion des Reichstages vom Juli 1917 zusammen mit Matthias Erzberger beteiligt gewesen.<sup>81</sup> Der Amtsgerichts-rat Rhiel kam aus dem Fulda-er Bürgertum, Drinnenberg vertrat als Raiffei-senfunktionär die Interessen der Landwirtschaft.

Erst die Reichstagswahlen im Juni 1920 und die preußischen Landtagswahlen im Februar 1921 führten zu Veränderungen und einer Verjün-gung der parlamentarischen Vertretung des osthessischen Milieukatholizismus. Richard Müller, Jahrgang 1851, legte im Februar des Jahres altersbedingt sein Mandat nieder, wenig später der Landtagsabgeordnete August Drin-

78. Vgl. Mitteilungen der Zentrums-partei im Regierungsbezirk Kassel für den Kreis Fulda 1 (1921), Nr.4, Dezem-ber 1921, 10. Im Kreis Hünfeld verfügte die Zentrums-partei 1921 über 3.673, im Kreis Gersfeld über 4.091 Mitglieder. 1920 wies der Kreis Hünfeld noch in 16 Ortsgruppen ca. 2.000 Mitglieder auf.

79. Auf diese Weise entstanden Ortsgruppen etwa in Weyhers (143 Mitglieder), Ebersberg (278 Mitglieder), Gro-ßenlüder (250 Haushaltungsvorstände und 374 Familienmitglieder) und Hofaschenbach/Morles (ca. 250 Mit-glieder). Vgl. BB, 18.1.1920, 11.4.1920, 2.5.1920, 9.5.1920.

80. Vgl. Weichlein, Sozialmilieus, passim.

81. Vgl. Weichlein, Zentrumsdemokrat.

nenberg. Der Raiffeisen-Unterverbandsdirektor Drinnenberg hatte seit 1908 die osthessische Landwirtschaft in preußischen Abgeordnetenhaus vertreten. Der zwischenzeitliche Nachfolger Richard Müllers im Reichstag, der Fuldaer Volksvereinssekretär Wilhelm Frank<sup>82</sup>, konnte keiner bestimmten sozialen Gruppe zugerechnet werden. Im Juni 1920 zeichnete sich ein Wechsel der sozialen Gruppen im Reichstagsmandat ab. Mit dem Landwirt und Bürgermeister von Zirkenbach, Herbert (Jahrgang 1883), zog ein Vertreter der Landwirtschaft in den Reichstag ein, während der Gewerkschaftssekretär Karl Schmitt als preußischer Landtagsabgeordneter seit Februar 1921 die Fuldaer Arbeiterschaft vertrat. Stadt und Land bildeten einen Wahlkreis, so daß die Kandidatenauswahl immer eine Mischung aus städtischen und ländlichen Interessen versuchen mußte, zumal die ländlichen Wähler den Ausschlag bei der Wahl gaben.

Der Reichstagsabgeordnete Herbert, der keinen Verband hinter sich wußte und nur geringen Rückhalt in den städtischen Kreisen fand, blieb indessen im Reichstag recht farblos.<sup>83</sup> Nach Querelen in den landwirtschaftlichen Verbänden erklärte Herbert seinen Rücktritt „aus verschiedenen persönlichen Gründen“.<sup>84</sup> Für die Nachfolge Herberts kandidierten der rheinische Bauernführer Dr. Grass, Geschäftsführer des Kurhessischen Bauernvereins in Fulda, und der hauptamtliche Geschäftsführer der christlichen Deutschen Bauernvereine in Berlin, August Crone-Münzebrock (Jahrgang 1882). Crone-Münzebrock gelang es im Vorfeld der entscheidenden Landesausschußsitzung des kurhessischen Zentrums am 27. April 1924, seinen Konkurrenten auszustechen. Entscheidend für Crone-Münzebrock war das Votum der Fuldaer Bauernvereine, die sich einstimmig für ihn entschieden. Um den dennoch unter den Rhöner Landwirten vorhandenen Unmut über den Rücktritt Herberts zu

besänftigen, erreichte Crone-Münzebrock eine Absprache über die genaue Vorgehensweise seiner Installierung als Kandidat. Herbert sollte auf der maßgeblichen Sitzung zur Wiederwahl vorgeschlagen werden, dann aber zu seinen Gunsten ablehnen.<sup>85</sup> Dieses Verfahren ähnelte haargenau der Kandidatenauswahl Richard Müller 1893, als dieser den westfälischen Politiker Droste-Vischering als Fuldaer Reichstagskandidat ablöste.

Mit dem Berliner Verbandssekretär Crone-Münzebrock wurde der Fuldaer Wahlkreis erstmals seit 1898 wieder von einem auswärtigen Politiker repräsentiert.<sup>86</sup> Für die Wählermobilisierung vor Ort barg diese Lösung jedoch Probleme in sich. Für August Crone-Münzebrock sprach zwar, daß er die lokalen landwirtschaftlichen Interessen als Geschäftsführer eines überregionalen Verbandes besonders gut vertreten konnte. Dies sicherte ihm aber im Unterschied zur Kandidatur des westfälischen Adligen Clemens Graf zu Droste-Vischering im Jahr 1879 noch nicht die Zustimmung der anderen sozialen Gruppen in der katholischen Wählerschaft. Während dieser, ohne den Wahlkreis besucht zu haben, gewählt wurde, mußte Crone-Münzebrock eine rege Versammlungs- und Rednertätigkeit auf sich nehmen, um die Zustimmung der osthessischen Katholiken und ihrer Organisationen zu gewinnen. In der katholischen Presse wurde ausführlich über seine landwirtschaftliche Herkunft und die Geschäftsführertätigkeit beim christlichen Deutschen Bauernverein berichtet. Crone-Münzebrock kam noch zugute, daß er sich als Mitglied des Verbandes katholischer Studentenverbindungen (CV) unter den städtischen Honoratioren profilieren konnte. Als ins Auge gefaßter zukünftiger Reichstagsabgeordneter mußte er über die Zustimmung der landwirtschaftlichen Vertreter in der kurhessischen Zentrumspartei hinaus auch bei den Arbeitern und Mittelständlern Anklang fin-

82. Wilhelm Frank war Reichstagsabgeordneter vom März bis Juni 1920.

83. In den Stenographischen Berichten des 1. Reichstags (1920 - 1924) ist nicht eine einzige Wortmeldung Herberts verzeichnet. Landwirt Herbert trat auch in der Zentrumsfraktion und in den Parlamentsausschüssen nicht in Erscheinung.

84. FZ, 27.4.1924. Die katholische Presse war sichtlich bemüht, Streitigkeiten in den eigenen Reihen keinen publizistischen Raum zu geben. Dennoch fand sich in den Berichterstattungen ein Widerhall der Auseinandersetzungen um Herbert(-Zirkenbach). So etwa der Bericht Herberts auf der Generalversammlung des Kurhessischen Bauernvereins am 20.3.1924, in der er sich heftig gegen Vorwürfe verteidigte, die Interessen der Landwirtschaft nicht genügend vertreten zu haben. Vgl. Bauernstimme 1 (1924), Nr.11, 71.

85. Vgl. Schreiben August Crone Münzebrock an Studienrat Scheller vom 22.3.1924, in: Bibliotheken des Bischöflichen Priesterseminars Fulda, NL Scheller. Die wichtigen Absprachen mit den Zentrumspolitikern Scheller und Blum sicherten ihm die Unterstützung der städtischen Zentrumsführung.

86. Vgl. Schreiben August Crone Münzebrock an Studienrat Scheller vom 22.3.1924, in: Bibliotheken des Bischöflichen Priesterseminars Fulda, NL Scheller. Die wichtigen Absprachen mit den Zentrumspolitikern Scheller und Blum sicherten ihm die Unterstützung der städtischen Zentrumsführung.

den. Seine entsprechenden Erklärungen „wurden von dem im *Landesausschuß* amwesenden *Vertretern der anderen Berufsstände, Arbeiter, Handwerkern, Beamten, Unternehmern als vollkommen befriedigend anerkannt.*“<sup>87</sup>

Die Rolle des führenden parlamentarischen Vertreters war im Kaiserreich dem Fabrikbesitzer Richard Müller zugefallen. Nach 1920 übernahm sie über die gesamte Zeitspanne der Weimarer Republik der preußische Landtagsabgeordnete und Amtsgerichtsrat Andreas Rhiel. Der Jurist Rhiel, Jahrgang 1861, gehörte im Unterschied zu Herbert, Jahrgang 1883, und Crone-Münzebrock, Jahrgang 1882, der älteren Generation von Zentrumspolitikern an, und besaß bereits eine lange parlamentarische Erfahrung. Er war von 1908 bis 1933 Mitglied des preußischen Landtages und gehörte dem preußischen Fraktionsvorstand und dem *Landesausschuß* der kurhessischen Zentrumsparterie an. Wie sein Parlamentarierkollege Richard Müller konnte auch Rhiel als Jurist kaum einer der beiden großen miteinander konkurrierenden Berufsgruppen, der Agrarier und der Arbeiter, zugerechnet werden. Seine bürgerliche Mittlerposition, die der politischen Integration verschiedener Interessen entgegenkam, empfahl ihn zur ständigen Wiederwahl in den Landtag.

### 8. Die politischen Konkurrenten der Zentrumsparterie

Der konfessionell bedingte politische Gegensatz hatte den Ersten Weltkrieg unbeschadet überstanden. Die protestantischen Parteien DDP, DVP und DNVP blieben in den ländlichen katholischen Gemeinden zwar gänzlich bedeutungslos, was umgekehrt für das Zentrum in den evangelischen Gemeinden zutrif. In den evangelischen Gemeinden dieses Landkreises erreichte das Zentrum aber umgekehrt weniger als zehn Prozent. Bei den Wahlen zwischen 1919 und 1921 ging der Stimmenanteil der Zentrumsparterie von 9,1 auf 5,8 Prozent noch weiter zurück. Im gleichen Zeitraum stieg der Zentrumsanteil in den katholischen Gemeinden von 89,5 Prozent auf 92,2 Prozent. Im Ergebnis entfernten sich die katholischen und die evangelischen Gemeinden in ihrem politischen Wahlverhalten während der ersten Jahre der Weimarer Republik voneinander. In sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht völlig identisch wiesen katholische und evangelische

Gemeinden dennoch ein denkbar unterschiedliches Wahlverhalten auf.

0 MSPD = Mehrheitssozialdemokraten; DDP = Deutsche Demokratische Partei; DNVP = Deutschnationale Volkspartei; DVP = Deutsche Volkspartei.

Quelle: FZ, Klein, Die Hessen als Reichstagswähler, Bd.2.

Unter den Protestanten Ost Hessens erreichte keine Partei eine derart beherrschende Stellung, wie dies dem Zentrum unter den Katholiken gelang. In den protestantischen Landgemeinden erzielte die MSPD bei den Januarwahlen 1919 mit 34,9 Prozent, in den evangelischen Rhönstädten hingegen die Demokratische Partei mit 34,3 Prozent eine relative Mehrheit. Beide verloren jedoch bald ihre zwischenzeitige Mehrheitsstellung in der evangelischen Bevölkerung. Vom Rückgang der MSPD in den protestantischen Landgemeinden und der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) in den Städten profitierte die rechtsliberale und unternehmerfreundliche Deutsche Volkspartei, die sich allmählich gegen ihre Konkurrenten von rechts und links durchsetzen und die Nachfolge der Nationalliberalen aus dem Kaiserreich antreten konnte. Bei den Wahlen zum preußischen Landtag im Februar 1921 erhielt sie 58,2 Prozent der evangelischen Wählerstimmen und nahm die eindeutige politische Führungsposition unter den nichtkatholischen Wählern des Landkreises Gersfeld ein.

Mit dem Zentrum verband die Deutsche Volkspartei noch ein weiteres Merkmal. Ihr Rückhalt lag in den evangelischen agrarischen Gemeinden mit unter 500 Einwohnern, wo sie 1921 von 71,7 Prozent der Wähler gewählt wurde. Wie beim Zentrum so ging auch der DVP-Anteil mit steigender Einwohnerzahl auf 45,6 Prozent in den Gemeinden mit über 1000 Einwohnern zurück. Die evangelische Minderheit des Landkreises Gersfeld wanderte weiter nach rechts und radikalisierte sich. Zwischen 1924 und 1928 setzte sich die DNVP als protestantische Sammlungspartei durch, während die DVP auf zehn bis 15 Prozent der evangelischen Stimmen zurückging und die DDP bis zur Bedeutungslosigkeit schrumpfte. Schon bei den Septemberwahlen 1930 wurde hier die NSDAP stärkste Partei.

Den häufigen Wandel der politischen Ausrich-

87. Vgl. FZ, 28.3.1924. August Crone-Münzebrock war 1882 auf Hof Münzebrock in Essen bei Odenburg geboren worden und hatte in Jena und Leipzig Landwirtschaft studiert und anschließend promoviert. Er gehörte in Jena der katholischen Studentenverbindung Sigambria an.

tung der Gersfelder Wähler kommentierte das Organ des politischen Katholizismus bissig. Zu den für die USPD verlustreichen Maiwahlen von 1924 schrieb die Fuldaer Zeitung: *"Gersfeld am Fuß der Wasserkuppe, dessen Wähler wie preußische Rekruten auf dem Exerzierplatz je nach Kommando vorwärts, kehrt, linksschwenkt, rechtsschwenkt machen, sind diesmal freilich zu großen Teilen rechtsschwenkt. ... Die USPD(-Anhänger), die das letztmal das Fuldata beherrschten, bedecken als Leichen die Wahlstatt. Eine kleine Truppe von zehn Mann hat sich, scheint's, ins Ulstertal bis Thaiden, durchgeschlagen. Ob sie da lange beherbergt werden, bezweifeln wir."* Als sozialistische Hochburgen zeichneten sich immer mehr Hettenhausen und Dahlherda ab. *"Hettenhausen hat aber mit 105 Kommunisten den Ruf, der radikalste Ort der Rhön zu sein, gewahrt."*<sup>88</sup> Aber auch im Landkreis Fulda machte die katholische Presse bestimmte Orte mit einem radikalen politischen Wahlverhalten aus. Zu ihnen zählten Bachrain, Eichenzell, Flieden, Giesel, Horas, Petersberg und Veitsteinbach.<sup>89</sup>

Die Zentrumspartei verzichtete darauf, Flugblätter und Wahlaufrufe in protestantischen Gemeinden zu verteilen. Auch hielt sie dort keine Wahlversammlungen ab und beschränkte sich in ihrem Wahlkampf ganz auf die katholischen Gemeinden. Umgekehrt machte die Fuldaer Zeitung im Landkreis Gersfeld unter den evangelischen Wählern die Tendenz aus, die Katholiken immer noch für politisch unmündig zu halten. Katholischerseits strich man daher wiederholt den konfessionellen Frieden und die Gleichberechtigung heraus, die es gegen Angriffe zu verteidigen gelte. So wurde etwa dem Landrat a.D. von Dörnberg vorgehalten, bewußt für die konservative Deutschnationale Volkspartei Wahlkampf zu machen. Weniger Sorgen machten der Zentrumspartei hingegen die Parteien der Arbeiterbewegung. Lediglich in bestimmten Arbeiterbezirken Fuldas an der Frankfurter Straße hatten sie einen gewissen Rückhalt, daneben noch in den industrialisierten Landgemeinden. Das Wählerpotential der Arbeiterparteien in den Fuldaer Landgemeinden lag bei etwa zehn Prozent. Um diesen Wert schwankten ihre Ergebnisse zwischen 1919 und 1933. Bei den Nationalversammlungswahlen 1919 erzielte die MSPD ihre höchsten Stimmzahlen im Fuldaer Land in Künzell, Horas, Petersberg, Bad Salzschlirf, Ei-

chenzell und Flieden, im Landkreis Gersfeld in Tann, Hettenhausen, Dahlherda und in Gersfeld. Den Unabhängigen Sozialdemokraten gelang wie im Reich so auch im Fuldaer Land 1920 der Durchbruch, als sie mit 10,9 Prozent die Mehrheitssozialdemokraten bei weitem überflügelten (MSPD: 2,7 Prozent). Die Unabhängigen eroberten alle mehrheitssozialdemokratischen Hochburgen vom Januar 1919. Doch schon bei den Landtagswahlen vom Februar 1921 wurde die MSPD wieder stärkste Arbeiterpartei. Besonders stark war die SPD, wie sie ab 1922 nach der Wiedervereinigung mit der USPD wieder hieß, in Bachrain und im Neuhofer Kaligebiet. In Bachrain stellten SPD und KPD die absolute Mehrheit der Reichstagswähler von 1928. Die SPD kam im Mai 1928 auf 41,5 Prozent und überrundete damit sogar die Zentrumspartei, die KPD erhielt weitere 10,4 Prozent. In der Gegend um Neuhofer kamen die Sozialdemokraten auf etwa ein Viertel der abgegebenen Stimmen: in Opperz auf 28,5 Prozent, in Ellers auf 25,2 Prozent, in Dorfborn auf 24,3 Prozent und in Neuhofer auf 23,5 Prozent. Mit gewissen Rückschlägen konnte sich die SPD hier auch zwischen 1930 und 1933 halten. Auffällig ist jedoch, daß im Fuldaer Land wie in vielen anderen katholischen Gebieten des Deutschen Reiches zum Ende der Weimarer Republik die Kommunisten die stärkste Arbeiterpartei wurden und den reformgeneigten Sozialdemokraten den Rang abliefen.

Im schmalen linken Wählerspektrum des Fuldaer Landes gelang dem ehemaligen Eisenbahnsekretär Balthasar Mihm bei den Reichstagswahlen 1930 mit seinem utopischen Sozialismus aus dem Geiste der Bergpredigt ein spektakulärer Erfolg. Der sozialdemokratische Dissident, der 1922 nach einem Eisenbahnerstreik aus Partei und Gewerkschaft ausgeschlossen worden war und erfolglos für die Christlich-soziale Reichspartei des Vitus Heller als Reichstagskandidat kandidiert hatte, feierte 1930 sein politisches Comeback. Seine vereinigte Liste der Volksrechtspartei und des Christlichen Volksdienstes (Vitus-Heller-Bewegung) erzielte auf Anhieb 1.537 Stimmen in den Fuldaer Landgemeinden, was einem Stimmanteil von 6,5 Prozent entsprach. Damit wurde seine Liste vor der SPD (6,3 Prozent) und den Kommunisten (3,8 Prozent) die stärkste Arbeiterpartei, auch wenn Mihm damit den Einzug in den Reichstag verfehlte. Schon 1929 hatte seine Liste ein Mandat in der Fuldaer

88. FZ, 14.5.1924.

89. FZ, 11.5.1932.

Stadtverordnetenversammlung errungen. In der Stadt Fulda gewann er 13,3 Prozent der abgegebenen Stimmen, was noch über den 9,9 Prozent für die Liste Mihm bei den Stadtverordnetenwahlen des Vorjahres lag. Der populistische Wahlkampf Mihms griff auf ein eigenes publizistisches Organ zurück, das „Neue Volk“. Seine Wählerschaft wohnte in den neuen Fuldaer Außenbezirken und blieb durch Wohnlage und Zuwanderung relativ entfernt vom katholischen Milieukern mit seinen traditionellen Versammlungslokalen und Vereinshäusern.

In den Fuldaer Umlandgemeinden erzielte die Christlich-soziale Liste Balthasar Mihms ihre größten Erfolge.<sup>90</sup> Der Rebell Mihm hatte im Fuldaer Land seinen Rückhalt besonders in Bachrain, wo er mit 178 gegen 113 Stimmen besser als das Zentrum abschnitt. Weit überdurchschnittliche Ergebnisse erreichte Mihm auch in Petersberg (308 Stimmen, 36 Prozent) und Künzell (259 Stimmen, 30,2 Prozent). Mihms Erfolg bei den Septemberwahlen 1930 blieb indessen Episode. Seine linkskatholische Wählerschaft, die sich vor allem in stadtnahen Arbeiterwohndörfern konzentrierte, wanderte bei den folgenden Wahlen zu großen Teilen zur SPD, vor allem aber zur KPD hin ab, die sich durch diese Wählerzufuhr als die stärkste Arbeiterpartei im Fuldaer Raum gegen Ende der Weimarer Republik etablieren konnte.

Zuvor hatte sich die KPD-Klientel vor allem aus ehemaligen USPD-Anhängern gespeist. In den agrarischen und katholischen Gemeinden Fuldas, Gersfelds und Hünfelds blieb die KPD zwar völlig unbedeutend, unter den protestantischen Arbeitern konnte sie jedoch einen gewissen Anhang finden. Besonders in Hettenhausen gelang es ihr, sich frühzeitig zu etablieren. Die KPD in Hettenhausen wurde von einem Weltkriegsmatrosen aus Fulda, dem Eisenbahnarbeiter Adam Feußner, gegründet, der durch die Revolutionserfahrung 1918/19 radikalisiert worden war.<sup>91</sup> Die KPD verfügte überall dort über einen gewissen Anhang, wo die Entfremdung von der lokalen Lebenswelt relativ weit fortgeschritten war. Im Falle Hettenhausens etwa wanderten viele Maurer Sommer für Sommer in entferntere Industriegebiete an Rhein und Ruhr, um dort zu arbeiten. Im Herbst kehrten sie zurück. Bei den Reichstagswahlen im November 1932 überflügelte die KPD die SPD. Die Kommuni-

sten erhielten etwa in Horas 216 Stimmen, in Petersberg 200, in Tann 153 und in Hettenhausen 135 Stimmen. In den größeren Gemeinden wurde die KPD nur in Tann von der SPD überundet.

Schon früh erkannten die örtlichen Kommunisten, daß ihr politischer Erfolg im Fuldaer Land weniger von der schmalen Industriearbeiterschaft als vielmehr von der Bauernagitation abhing. Im Sommer 1924 unternahmen die Kommunisten eine Kampagne unter der Landbevölkerung: Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Putz versammelte auf dem Sinttalhof bei Bad Brückenau mehr als hundert Vertreter der Kleinbauernschaft aus 28 Gemeinden der südlichen Rhön. Seine Agitation zielte darauf ab, die KPD als Vertreterin der Sorgen der Landwirte zu profilieren. In einem gemeinsamen Aufruf beschwor die Versammlung die wirtschaftliche Not vieler Kleinbauern. Der Aufruf enthielt neben Maßnahmen zur Feststellung von Ernteschäden Forderungen etwa wie *„Herabsetzung und eventuellen Erlaß der Pachtzinsen für staatliche Grundstücke entsprechend dem festgestellten Schaden“*. Das geplante Nachfolgetreffen kam durch die Weigerung Gersfelder Gastwirte, ihm einen Saal zur Verfügung zu stellen, nicht mehr zustande.<sup>92</sup>

Der NSDAP gelangen im Fuldaer Land kaum Einbrüche in die katholische Wählerschaft. Ihr Stimmenpotential bewegte sich um 20 Prozent. Die NSDAP saugte damit das Stimmenpotential der bürgerlichen Splitterparteien DNVP, DVP, Wirtschaftspartei, DDP unter anderem auf. Eine Verbreiterung ihres Wählerrückhaltes hätte einen Einbruch in das Zentrumslager bedeutet. Die konfessionelle Barriere erwies sich aber für die Nationalsozialisten als unüberwindbar. Bei den Reichstagswahlen vom Juli 1932 konnte die NS-Bewegung lediglich in Bad Salzschlirf (32,4 Prozent), Keulos (29,5 Prozent), Mittelrode (25,9 Prozent), Stork (25,0 Prozent), Kerzell (24,1 Prozent) und Lehnerz/Niesig (22,5 Prozent) ihr 20-Prozent-Getto verlassen. Dem standen indessen eine Vielzahl von Dörfern gegenüber, in denen die Nazis weit unter fünf Prozent blieben.

Von besonderem Interesse für das NS-Wahlverhalten ist der Kreis Gersfeld, da hier auf lokaler Ebene Konfession und politisches Verhalten ganz unmittelbar ineinander übergingen. Die politische Polarisierung in Gers-

90. Vgl. hierzu die Wahlanalyse nach Wahlbezirken in FZ, 15.9.1930 sowie die Wahlkommentare in: Das Neue Volk. Wochenschrift für christlich-soziale Politik und Kultur 11 (1930) (Reichsausgabe), 20.9.1930.

91. Mündliche Auskunft vom Kommunalpolitiker der DKP Vogler (Hettenhausen).

92. Vgl. FZ, 4.9.1924; 18.9.1924. 1926 wiederholte die KPD ihre Bauernagitation.

feld - aber auch im Kreis Hünfeld - fiel mit den Konfessionsgrenzen zusammen. Das genau im Reichstrend von 37,3 Prozent liegende Ergebnis der NSDAP in Höhe von 38,0 Prozent am 31. Juli 1932 zerfiel bei näherer Betrachtung in zwei völlig entgegengesetzte Trends. In den katholischen Gemeinden Gersfelds erhielt die Hitlerpartei 11,3 Prozent, in den evangelischen Dörfern hingegen ganze 66,4 Prozent. Krasser konnte sich das politische Verhalten der Konfessionen kaum unterscheiden. In der Stadt Gersfeld etwa kam die NSDAP am 31. Juli 1932 auf 58,5 Prozent, ohne einen ernsthaften Gegner zu finden. In Tann erreichte sie hingegen "nur" 44 Prozent, da ihr hier eine starke Arbeiterbewegung Paroli bot. Die SPD kam auf 26,7 Prozent, die KPD auf 17,7 Prozent. Zusammen waren die Parteien des marxistischen Lagers in Tann im Juli 1932 stärker als die Nazipartei. Im rein katholischen Hilders (92 Prozent) erhielt das Zentrum 77,2 Prozent, die NSDAP mußte sich hier mit 16,7 Prozent bescheiden. Im ebenfalls rein katholischen Wüstensachsen schnitt die NS-Partei mit 25,3 Prozent besser ab. Wüstensachsen unterschied sich von Hilders durch den höheren jüdischen Bevölkerungsanteil. Es läßt sich "vermuten, daß der Antisemitismus der NSDAP dem Zentrum hier einige Wählerstimmen abspenstig gemacht hat".<sup>93</sup>

### 9. Die Landkreise Fulda, Gersfeld und Hünfeld am Ende der Weimarer Republik.

Zusammenfassend soll im folgenden das Wahlverhalten der osthessischen Landkreise am Ende der Weimarer Republik charakterisiert werden.<sup>94</sup>

1. Die Arbeitslosigkeit während der Weltwirtschaftskrise erreichte in Fulda und Umgebung bei weitem nicht das Ausmaß, wie es im Reich oder in den industriereichen Regionen zu finden war. 1932 blieb die Arbeitslosigkeit trotz saisonaler Ausschläge unter 6 Prozent. Damit lag der Arbeitsamtsbezirk Fulda an 16. Stelle im Bezirk des Landesarbeitsamtes Hessen.
2. Dort wo Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit die industrielle Erwerbsarbeit drastisch reduzierten, konnte oftmals die landwirtschaftliche Selbstversorgung der politischen Radikalisierung vorbeugen. Die eher rückständige wirtschaftliche Struktur wirkte im

Ergebnis krisenentschärfend.

3. Das Zentrum behauptete seine beherrschende Stellung auch in den Wahlen zwischen 1930 und 1933. Hierfür sorgte einerseits das dichte Netz seiner Vorfeldorganisationen wie Windthorst-Bund, Gesellenverein, Christliche Gewerkschaften oder der Kurhessische Bauernverein. Der NSDAP gelang es nicht, in größerem Umfang in das katholische Zentrumslager einzubrechen. Umgekehrt hatte das Zentrum unter der nichtkatholischen Bevölkerung fast gar keinen Anhang.
4. Die Arbeiterparteien bleiben auf die schmale Industriearbeiterschaft Fuldas, der stadtnahen Gemeinden (v.a. Bachrain, Petersberg u. Künzell) sowie das Neuhofer Kaligebiet beschränkt. Auch im Fuldaer Land wird gegen Ende der Weimarer Republik - hierin geradezu typisch für katholische Arbeiter - die KPD die stärkere Arbeiterpartei.
5. Der NSDAP-Stimmanteil war unter in der evangelischen Bevölkerung besonders hoch. Hier artikulierte die NS-Bewegung Befürchtungen und Ängste, die teils konfessioneller, teils antisemitischer, teils wirtschaftlicher Natur waren. Die NSDAP erreichte hier eine Stellung, wie sie katholischerseits dem Zentrum zukam. Die NS-Zeitung "Fuldaer Beobachter" gab zum zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl 1932 die Parole aus:<sup>95</sup> "Kippelbach!". Im gänzlich evangelischen Kippelbach (98,1 Prozent, Kreis Gersfeld) hatten beim ersten Wahlgang für den Reichspräsidenten am 19. März 1932 alle 93 Wähler für Hitler gestimmt. Nach einem Schneeballsystem wurden auch in der Rhön wegen der scharfen konfessionellen Spaltung ganze Dörfer "geschlossen nationalsozialistisch".<sup>96</sup>

#### Literatur:

- Otto Berge, Kreisfreiheit trotz Kreiszugehörigkeit? Ein Rückblick auf die Sonderstellung der Stadt Fulda 1821 bis 1927, in: Jahrbuch des Landkreises Fulda 2 (1975), 16 - 32.
- Otto Berge, Arbeiter- und Soldatenrat, Bauernrat und die Wahlen zu den kommunalen Körperschaften in Fulda 1918/19, in: Fuldaer Geschichtsblätter 50 (1974), 137 - 165.
- Joseph Kapp, Die wirtschaftliche Entwicklung und Lage des Kreises Fulda, phil. Diss., Giessen

93. Schönekäs, 144.

94. Vgl. Schönekäs.

95. Schönekäs, 139.

96. Schönekäs, 144.



1928 (MS).

Thomas Klein (Hg.), Die Hessen als Reichstagswähler. Tabellenwerk zur politischen Landesgeschichte. Erster Band: Provinz Hessen-Nassau und Waldeck-Pyrmont 1867-1918, Marburg 1989; Zweiter Band: Provinz Hessen-Nassau und Waldeck-Pyrmont 1919-1933. Erster Teilband: Regierungsbezirk Kassel und Waldeck-Pyrmont, Marburg 1992.

Thomas Klein, Leitende Beamte der allgemeinen Verwaltung in der preußischen Provinz Hessen-Nassau und in Waldeck 1867 - 1945, Darmstadt/Marburg 1988.

Thomas Klein, Der Regierungsbezirk Kassel 1933 - 1936. Die Berichte des Regierungspräsidenten und der Landräte, 2 Bde, Marburg 1985.

Klaus Schönekeas, Christenkreuz über Hakenkreuz und Sowjetstern. Die NSDAP im Raum Fulda, in: Eike Hennig (Hg.), Hessen unterm Hakenkreuz. Studien zur Durchsetzung des Nationalsozialismus in Hessen, Frankfurt a.M. 1983, 127 - 179.

August Weber, Die Geschichte des Kreises Hünfeld, Fulda 1960.

Siegfried Weichlein, Sozialmilieus und Politische Kultur in der Weimarer Republik. Hessische Kreise im Vergleich, Göttingen 1996.

Richard Müller(-Fulda) als Parlamentarier 1893 - 1920, in: Fuldaer Geschichtsblätter 70 (1994), 3 - 52.